

INTERIM

3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI DEMONSTRATION



**Die Revolution
ist großartig
alles andere
ist Quark**

Rosa Luxemburg 1906

DER WIDERSTAND IM STADTTTEIL UND IN DER FABRIK IST UNSERE ANTWORT AUF IHRE POLITIK
GEGEN REPRESSION, AUSBEUTUNG und UMSTRUKTURIERUNG

SETZEN WIR REVOLUTIONÄRE ORGANISIERUNG!

GEGEN PATRIARCHAT und KAPITAL KÄMPFEN WIR INTERNATIONAL

ORANIENPLATZ 13.00 UHR

ROUTE: Oranienpl.; Ohlauerstr.; Friedelstr.; Reuterstr.; Karl-Marx-Str.; Hermann-Platz; Kottbusser-Damm; Abschluß: Zickenplatz

Die Zeitungen und Zeitschriften der undogmatischen Linken in der BRD kommen und gehen. Sie begleiten die Entwicklung und Verwicklung dieser Politik: einige kommen gar nicht zur Geltung, viele überleben ihre politische Notwendigkeit.

Es ist aber gerade die Kurzlebigkeit und Spontaneität dieser linken Medien, die ihre Stärke ausmacht. Sie sind keine Institution, sondern das Produkt eines politischen Prozesses und gleichzeitig ihr Spiegel. Ihre Inhalte sind nicht diktiert, sondern kristallisieren sich aus der politischen Realität heraus.

Mit dieser Zeitung versuchen wir an die neuen Strömungen der radikalen undogmatischen Berliner Linken anzuknüpfen und gleichzeitig zwei Lücken zu schließen: ein fehlendes Berliner Info der undogmatischen Linken und der politische Abgang der taz.

Seit dem 1. Mai letzten Jahres wächst das Bewußtsein in der linken Szene über ihre eigene politische Situation. Gerade als es aussah, als ob über die IWF-Kampagne das Schielen nach dem revolutionären Subjekt der Marginalisierten in der Peripherie das nach den angeschlagenen nationalen Befreiungsbewegungen ersetzen würde, wurde die eigene politische Subjektivität verstärkt wahrgenommen. Berliner Alltag als politischer Alltag wurde von vielen neu entdeckt.

Ein politischer Wendepunkt war die Forcierung der Patriarchats-Frage durch die Frauen. Mit einem Mal brachen die Bauklötze der linken Theoretiker an diesem so elementaren und praktischen Ansatz zusammen. Wo der freie Facharbeiter durch den entgarantierten, sporadisch riotierende Subsistenzbauern ersetzt wurde, stand nun die Frau im Mittelpunkt der politischen Analyse, was auch in der Metropole kein bißchen Relevanz einbüßt.

Weiterhin wurde durch die taz- (Gerd Nokrawallski, Seitenklau), Kübel-, Sputnik- und Stattdau-Aktionen die Szene zu neuen Überlegungen über sich selbst gezwungen: ein Klärungsprozess. Die alternative Kultur wird zur Rechenschaft gezogen: Freiraum oder Integration? Wessen Verbündete wollen sie sein?

Wir wollen hier keine Analyse liefern, sondern nur einige Bereiche anführen, in denen eine lebendige Auseinandersetzung bei uns zur Zeit läuft. Lebendig, weil sie die Bereitschaft zeigt, eigene Institutionen und Positionen infrage zu stellen, trotz der Ungewißheit, in der ein solcher Prozess mündet. Darin aber liegt gerade die Stärke einer undogmatischen linken Bewegung.

Wir denken, daß diese Zeitung gebraucht wird. Die "radikal" ist weg, und nicht erst seit der letzten Nummer. Sie hat sich in der Illegalität versteinert. Die "unzertrennlich" hat ihr Versprechen, Diskussionsforum zu werden, nie eingelöst. Sie scheint sich in ihrem Anspruch, allen Seiten gerecht zu werden und nur fertige Positionen weiterzugeben, selbst mummtot gemacht zu haben. Die "wildcat" und die Wiederauferstehung der "Autonomie" sind zu Fachschriften der TheoretikerInnen geworden. Die verschiedenen anarchistischen Medien beschäftigen sich wenig mit der Analyse des politischen Alltags. Über die taz brauchen wir in diesem

Zusammenhang gar nicht mehr zu reden. Auch die pseudo-folkloristische muz aus 36 (hoffentlich habt ihr euch teuer verkauft, GenossInnen!) ändert nichts an deren politischer Öde.

Um der Lebendigkeit der Auseinandersetzungen gerecht zu werden, haben wir uns für eine wöchentliche Erscheinungsweise entschieden. Wir sehen uns aber nicht als die neueste Dienstleistung der Berliner Linken. Deswegen werden wir ein Minimum an Arbeit reinstecken. Wir schreiben keine Artikel, das Layout geht uns einen Scheißdreck an und die Inhalte wollen wir schon gar nicht bestimmen.

Die Zeitung soll aus drei Teilen bestehen: Dokumentation, Nachrichten und zugeschickte Artikel. Unter Dokumentation verstehen wir Flugblätter und Aufklärungsberichte zur Umsetzung von politischer Praxis. Diese werden wir in Originalform reproduzieren.

Mit Nachrichten meinen wir die wichtigen Informationen, die uns immer irgendwie vorenthalten werden. Täglich finden hier und in der ganzen Welt Ereignisse statt, die Ausdruck von Klassenkämpfen sind und deshalb für uns eine politische Relevanz haben.

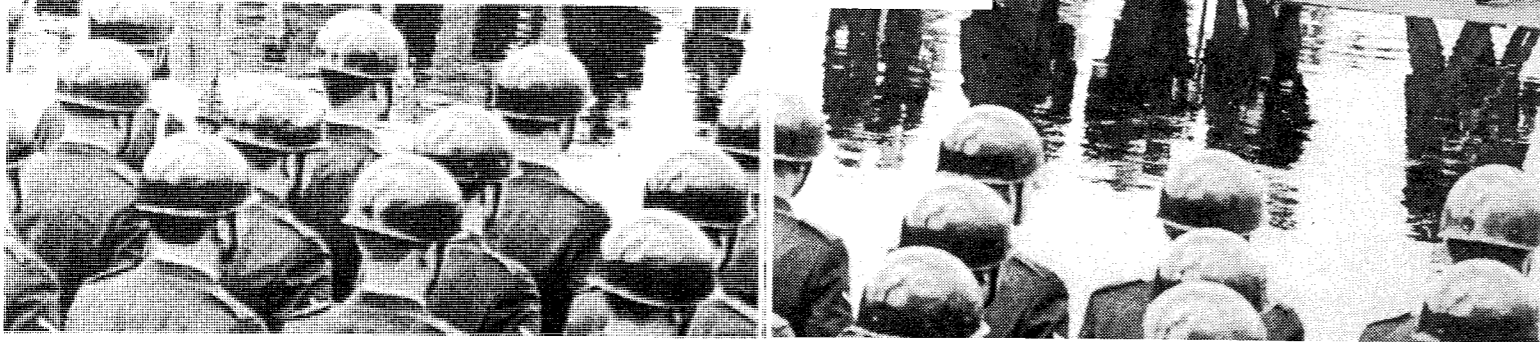
Um uns den Streß der "richtigen Linie" zu ersparen und einen Haufen redaktioneller Arbeit loszuwerden, haben wir uns entschieden, alle Artikel abzu drucken, die uns zugeschickt werden, solange sie nicht sexistisch, faschistisch oder rassistisch sind. Wenn viel Scheiße und Anpisserei kommt, wird uns allen mindestens klar werden, wie der Stand der Diskussion tatsächlich ist. Wir hoffen, daß dieser Teil der Zeitung auch von der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne genutzt wird. Es sind nur noch fünf Monate, bis die Schweine hier sind, und Infos sind bisher kaum rübergekommen.

Wie immer gibt es einen Haken bei der Sache. Aus finanziellen Gründen können wir nur garantieren, Artikel bis zwei Dinavier-Seiten abzu drucken. Ihr könnt uns auch längere Artikel schicken, und wenn es geht, drucken wir die auch ganz ab. Legt aber auf jeden Fall eine zwei-seitige Version bei. Das Layout müßt ihr selber machen, wir übernehmen die Sachen so, wie sie kommen. Denkt dran, andert-halb Zentimeter links und rechts frei zu lassen.

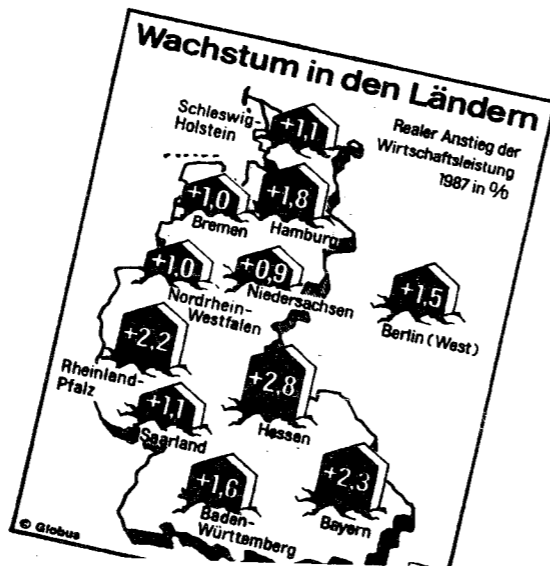
Da wir immer noch auf eine feste Kontaktadresse warten müssen wir euch für die nächsten Wochen bitten, Artikel, Programme, Comix, etc. bei den einschlägig bekannten Buchläden abzugeben.

=====
PS: Ein Haufen unerwarteter Schwierigkeiten hat uns vor der Fertigstellung des Infos überrollt. Fazit: Wir sind mit dieser Ausgabe überhaupt nicht zufrieden, bringen sie aber trotzdem heraus. Das ganze hätte eher die Bezeichnung 0-Nummer verdient. Nächste Woche gibt es die nächste Ausgabe, u.a. und hoffentlich, mit einer Einschätzung der Ereignisse um die Rosa-Luxemburg-Demo, mal aus anderer Sicht.

Kapitalstrategien und Klassenkampf



Die Hausfrau kriegt kein Geld - aber der "Besitzer kriegt Geld für die Hausfrau!
 Rente für den Wegfall der Arbeitskraft wenn Hausfrau mu auch dann bezahlt werden und sich die Ehegatten berufstätig werden sprach haben. Mit dieser Entscheidung waren unfall, der Bundesgerichtshof waren rente von 565 Mark monatlich bis zum statistischen Lebensende der Frau zu.



Arbeitnehmer kriegen nix ab vom Kuchen

Trotz eines gewachsenen Volkseinkommens in der BRD um knapp 290 Mrd. Mark in den vergangenen fünf Jahren hatten die Arbeitnehmer mit nur 58,6% den geringsten Anteil an diesem Ertrag seit 1950. Zugleich sei der Anteil der Unternehmer am gesamten Nettoeinkommen von rund einem Drittel auf über 41% gestiegen.

Nach den heißen Infos von SPD-Chef Vogel erhält von den fast 2,5 Mio. Arbeitslosen nur noch knapp ein Drittel Arbeitslosengeld, während rund 40% überhaupt keine Unterstützung mehr vom Arbeitsamt bekommen. Dagegen seien die Finanzanlagen der deutschen Wirtschaft im Ausland geradezu explodiert: Allein die 25 größten deutschen Konzerne haben bei ihren Auslandsbüchern und bei den deutschen Banken im Ausland rund 50 Mrd. Mark flüssige Mittel liegen.

Alle pleite!

Gemeinden:
 Gestiegene Sozialausgaben als Folge der (Massen)-Entlassungen, höhere Personalkosten und starke Verschuldung haben viele Kommunen der Bundesrepublik an die Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit gebracht.
 Die Schulden der Gemeinden bezifferte die Bundesbank auf 110 Mrd. Mark - 5,5 Mrd. mehr als 84. Allein die Hälfte dieses Schuldenzuwachses habe sich im vergangenen Jahr ergeben.

Hamburg:

Der Hamburger Landesrechnungshof hat den Senat der Hansestadt zu weiteren "haushaltspolitischen Maßnahmen" aufgefordert. Angesichts der finanziellen Lage Hamburgs könne sich die Stadt keine weiteren Kredite mehr leisten. Die Pro-Kopf-Verschuldung in dem Stadtstaat, die Ende 86 bei 10.000 DM lag, wird bis 1990 auf 13.000 DM ansteigen. Ein "Stabilitätskonzept" des Senats sieht unter anderem eine strikte Ausgabenbeschränkung, Gebührenerhöhungen und Einzelmaßnahmen bis zum Verkauf leerstehender Schulen oder der Schließung von Schwimmbädern vor.

Arbeitsamt:

In einer aktuellen Stunde des Bundestages räumte Arbeitsminister Blum ein, daß die Gefahr eines Defizits bei der Bundesanstalt für Arbeit drohe. Der SPD-Abgeordnete Sieler sprach von Finanzproblemen von bis zu 1,5 Mrd. Mark. Ende dieses Jahres werde das Geld des Beitragszahlers restlos verfrühstückt sein. Für 1989 sei sogar eine Finanzierungslücke von 5 Mrd. Mark zu erwarten. Als Folge dieser Entwicklung würden die Gelder für Qualifizierungsmaßnahmen und die Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben gekürzt.

STEUERN:
 Startbahnverlängerung um 600 Meter
 Der Bremer Senat hat am Montag beschlossen, die Startbahn am Bremer Flughafen um 600 Meter zu verlängern. Grund für das Bauvorhaben ist die Produktion des Airbus A 300/ A 340. Die Flügel dieser neuen Flugzeuge sollen im Bremer Werk von Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) hergestellt werden und dann zur Montage nach Frankreich geflogen werden. Die dafür genutzten Transportflugzeuge benötigen eine längere Landepiste als die bisherige.

Teilproduktion der „Airbus“ in Billiglohnländern angestrebt
 Hannover (AP). Einzelne Teile der europäischen „Airbus“-Flugzeuge sollen künftig in südasiatischen Billiglohnländern hergestellt werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Airbus Industrie, der bayerische Ministerpräsident Strauß, sagte gestern auf einer Pressekonferenz zur Hannover-Messe, wegen der schlechten Kosten-Gewinn-Spanne müßten einzelne Fertigungselemente, wie z. B. Gepäckvorrichtungen, billigeren Herstellerländern übergeben werden. Insgesamt dürfe es aber nicht zu einer Gefährdung der Qualität kommen.
 Bei der hochsubventionierten bundesdeutschen „Airbus“-Fertigung verlangt der Bund nach Angaben von Strauß Einsparungen von etwa 600 Millionen DM. Die beteiligten Unternehmen könnten aber „bei äußerster Anstrengung“ nur etwa 270 Millionen DM einsparen. Auf die Frage nach möglichen Ausweichländern nannte Strauß Korea, Taiwan und Hongkong. „Wir haben eine Reihe von Angeboten.“ Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. In den asiatischen Ländern seien die Kosten nur etwa halb so hoch wie in der Bundesrepublik.

Die der Deutschen Fina GmbH gehörende Erdöl-Raffinerie Duisburg wird zum Jahresende geschlossen. 162 Beschäftigte fliegen raus. Wer brav ist, darf anschließend in einem Großtanklager in Duisburg weiterschubbern.

Gruppe „Thomas Münzer“ bezichtigte sich zweier Brandanschläge

Zünder versagte wegen Kurzschlusses — Verein mit Senatsbeteiligung

Bei einem gescheiterten Brandanschlag auf das Büro der Technologie-Vermittlungsagentur an der Schöneberger Kleiststraße entstand in der Nacht zum Sonntag ein Sachschaden von über 50 000 DM.

Die Täter waren in die Räume der unmittelbar am Wittenbergplatz residierenden Agentur eingebrochen, verschütteten dort mehrere Liter eines Gemischs aus Heizöl und Benzin und installierten eine elektrische Zündvorrichtung in einem Kanister. Dabei handelte es sich nach Angaben des stellvertretenden Geschäftsführers der Agentur, Martin, um einen Reisetachsieder und eine Uhr. Der Reisetachsieder habe zunächst zwar funktioniert, sei dann aber durch einen Kurzschluß ausgefallen. Wegen möglicher politischer Hintergründe sucht nun der Staatsschutz der Polizei nach den Tätern.

Nach Auskunft von Martin hätte ein Brand im achten Stock des Bürohauses am Wittenbergplatz verheerende Folgen gehabt. Im Erdgeschoß des Gebäudes sind die Verkaufsräume der Möbelfirma „Wohnen 2000“. Da der Brandanschlag offenbar wegen des Kurzschlusses scheiterte, beschränkt sich der Schaden auf zwei Personalcomputer, einen Drucker, eine Telefonanlage sowie den Teppichboden, wo die Täter das Heizöl-Benzin-Gemisch ausgossen. Die technischen Geräte sind dadurch nach Angaben von Martin unbrauchbar geworden.

Drohungen gab es vor dem Anschlag nicht gegen die Agentur. Martin vermutete einen Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Technologiezentrum des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) am 5. März dieses Jahres. Die unbekannten Täter hatten dies in einem Selbstbeziehungsschreiben als ihren „Beitrag zum Anti-AKW-Aktionstag“ der Atomkraftgegner gewertet. Martin betonte allerdings ebenso wie damals das VDI-Zentrum, daß die Agentur nichts mit umstrittenen Techniken zu tun habe.

Die Agentur wurde 1978 gegründet und ist als Verein organisiert, in dessen Vorstand unter anderem die Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Industrie- und Handelskammer vertreten sind. Sie soll kleinere und mittlere Firmen bei der Anwendung moderner Technik beraten und auch den Kontakt zu den Hochschulen vermitteln. In dem Verein sind auch Privatfirmen Mitglied, wie das Tiergartener Unternehmen Horn & Görwitz, das Computer, Büromaschinen und Büromöbel anbietet, oder der Spandauer Apparatehersteller Silica Gel.

Des fehlgeschlagenen Anschlags auf die Technologie-Vermittlungsagentur in Schöneberg und eines weiteren Brandanschlags auf das Unternehmen „Brainware“ im Weddingen Innovations- und Gründer-Zentrum am Wochenende bezichtigte sich gestern eine Gruppe „Thomas Münzer“. Der polizeiliche Staatsschutz bewertete die Schreiben als authentisch.

Mit dem Kürzel „TM“, das, wie sich erst jetzt für die Polizei herausstellte, für „Thomas Münzer“ steht, hatte sich bereits Anfang März eine Gruppe zu dem Anschlag auf das Technologiezentrum des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) und des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE) als Täter bezeichnet. In dem gestrigen Schreiben kündigte die Gruppe an, sie werde „in nächster Zeit zu den Anschlägen“ vom Wochenende sowie gegen das VDI/VDE-Zentrum „ausführlich Stellung nehmen“.

In dem gestrigen Schreiben, das in der Mitte einen fünfzackigen Stern mit den Buchstaben TM trägt, sind biographische Daten zum Leben Thomas Müntzers angeführt.

„Münzer“, wie die Täter ihn fehlerhaft schreiben, sei Anfangs Pfarrer und Anhänger Luthers gewesen und schließlich zu einer zentralen Figur der Aufstände zu Beginn des 16. Jahrhunderts in Deutschland geworden. Entscheidend habe er „die erste Revolution 1525 (sog. Bauernkriege)“ mitorganisiert. „TM“ sei gleichzeitig das Symbol der Tupamaros, einer Stadtguerilla in Uruguay Ende der 60er Jahre gewesen, heißt es in dem Schreiben.

Wecker-Fallen des BKA:
Was das alles gekostet hat

Die Sonderaktion des BKA bei der Fahndung nach MitgliederInnen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora hat knapp 130.000 Mark gekostet, sagt jedenfalls die Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen. Bei der Aktion waren etwa 50.000 Wecker der Marke „Emes Sonochron“, wie sie in 40 Fällen für Zeitbomben verwendet worden waren, auf Veranlassung des BKA mit einem Kostenaufwand von knapp 23.000 Mark vom Hersteller besonders gekennzeichnet worden. Außerdem wurden 30 Geschäfte in 20 Städten NRW's für fast 106.000 Mark mit Videokameras ausgestattet, die jeden Käufer solcher Wecker im Bild festhielten. Insgesamt wurden der Antwort zufolge von 42 Käufern der Wecker Lichtbilder angefertigt.

US-Invasion in Westberlin verzögert!

Bombenanschlag US-Militärzug bei Göttingen

Göttingen (AP). Bei dem zweiten Anschlag auf einen US-Militärzug in der Nähe von Göttingen innerhalb von acht Monaten haben in der Nacht zu gestern Glassplitter lediglich den Lokführer leicht verletzt. Der Sachschaden dürfte nach Schätzungen der Polizei mindestens 125 000 DM betragen. Hinweise auf die Täter gab es gestern nicht.

Nach den ersten Ermittlungen einer Polizei-Sonderkommission hatten die Täter insgesamt fünf Sprengsätze auf den Gleisen deponiert. Ein Kontaktschalter löste die Explosion aus. Nach den bisherigen Ermittlungen benutzten die Bombenleger militärischen Sprengstoff. Die Detonation zerstörte das Gleis auf einer Länge von 4,5 Metern teilweise. Der mit 31 Passagieren bestetzte US-Militärzug habe aber nach Berlin weiterfahren können. Er verkehrt regelmäßig zwischen Frankfurt und Berlin.

Die Strecke Kassel—Göttingen war zunächst voll gesperrt worden. Im Laufe des Tages war sie aber schon wieder einleisig befahrbar. Bis zum Abschluß der Reparaturarbeiten wird es jedoch nach Angaben der Bundesbahn leichte Verspätungen im Zugverkehr geben.

Wenige Kilometer vom Tatort entfernt hatten Unbekannte bereits vor acht Monaten einen Anschlag auf einen US-Soldatenzug verübt. Ein unmittelbar vorausfahrender Güterzug hatte damals aber die Explosion ausgelöst. Eine Sonderkommission hielt sowohl links- wie rechtsextremistische Täter für denkbar.



Militäreinsatz in Neukaledonien. Ein Panzerspähwagen überwindet hier von Rebellen errichtete Straßensperren in der Nähe von Noumea. Reuter-Bildfunk

Guerilla in Italien...

„Bekennerrbrief“ zu Mord an italienischem Senator

Rom (Reuter). Die linksextreme italienische Terrorgruppe Kämpfende Kommunistische Partei (PCC) bereitet nach eigenen Angaben derzeit „den proletarischen Grund für einen längeren Schlagabtausch mit dem Staat“ vor. In einer fünfeinhalb Seiten starken Erklärung, die gestern nach einem anonymen Anruf bei der römischen Zeitung „Il Tempo“ in einer Bar in der Innenstadt gefunden wurde, hieß es weiter, man habe den christdemokratischen Senator Ruffilli wegen seiner Beraterfunktion für Ministerpräsident De Mita ermordet.

Nach der weitgehenden Zerschlagung der Roten Brigaden Anfang der 80er Jahre habe es einen strategischen Rückzug des Untergrunds gegeben, heißt es in dem Kommuniqué der PCC. Dieser Rückzug sei zwar noch nicht beendet, doch sei schon die gegenwärtige revolutionäre Phase eingeleitet. „Dies ist der Neuaufbau revolutionärer Kräfte...“

Guerilla in El Salvador...

San Salvador (dpa)

Bei einem Anschlag linksgerichteter Guerilleros in El Salvador auf einen Militärlastwagen sind mindestens 17 Soldaten getötet und acht weitere schwer verletzt worden, wie ein Militärsprecher in San Salvador bestätigte. Die Guerillabewegung Farabundo Marti (FMLN) hat verstärkte Angriffe auf das von den USA ausgerüstete Militär und auf Regierungseinrichtungen angekündigt.

Keiner will die „Schutzmacht“ Spanier gegen US-Stützpunkt

Etwa 5.000 Menschen haben am Sonntag am vierten aufeinanderfolgenden Jahr in der nord-ost-spanischen Stadt Saragossa gegen die Existenz von US-Luftwaffenstützpunkten in Spanien demonstriert. Am 15. Januar hatten die USA zugesagt, ein taktisches Geschwader und 4.000 Soldaten innerhalb von drei Jahren abzuziehen. Die spanische Regierung hatte dem Verbleib Spaniens in der NATO unter der Bedingung zugestimmt, daß die im Lande stationierten US-Streitkräfte verringert würden. Noch machen sie keine Anstalten.

Widerstand in Südafrika...

Überfall auf Polizeistreife

Mit einer automatischen Waffe hat ein Attentäter auf einen Polizeiwagen im Schwarzen-Wohngebiet Soweto bei Johannesburg geschossen. Vier schwarze Polizisten und ein Zivilist seien bei dem Überfall verletzt worden, teilte die Polizei mit. Die benutzte Waffe sei vermutlich vom sowjetischen Typ AK-47, hieß es. Dieses Sturmgewehr wird bevorzugt von den Untergrundkämpfern der verbotenen Schwarzen-Bewegung Afrikanischer National-Kongreß (ANC) verwendet.

In Soweto versuchen die Behörden derzeit, einen Mietboykott der schwarzen Einwohner zu durchbrechen.

Die Boykotteure werden wegen ihrer Mietschulden aus den Häusern vertrieben. Die Polizei hängt die Türen aus, um eine Rückkehr der Bewohner zu verhindern. Damit ziehen sich die schwarzen Polizisten den Zorn der Bewohner zu.

Zwei schwarze Polizisten sind bei einer Schießerei mit einem mutmaßlichen Mitglied des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) im südafrikanischen Homeland Ciskei erschossen worden. Die Schießerei begann, als sich fünf Polizeibeamte mit Ermittlungsaufgaben in der Frühe einem Haus in der Nähe der Stadt Alice genähert hätten.

Guerilla in Großbritannien?

Großbrand in britischem NATO-Depot

Ein Großbrand, der am Montag ein NATO-Depot in Donnington in Westengland vernichtete, geht möglicherweise auf Brandstiftung zurück. In dem vier Hektar großen Depot - einem der größten der NATO - seien innerhalb von Stunden an zwei verschiedenen Stellen Brände ausgebrochen. Das Gebäude sei völlig vernichtet worden. Schon 1983 war in dem Depot für technisches Gerät und Ersatzteile ein Feuer ausgebrochen.

weibauern in Frankreich...
Bombenanschläge in Weinregion. In der südfranzösischen Weinregion Languedoc-Roussillon haben mehrere Bomben- und Brandanschläge auf Finanzämter in der Nacht zu gestern erhebliche Schäden angerichtet. Als Urheber wurden unzufriedene Winzer vermutet. (dpa)

Revolutionäre Zelle im Pfarramt?

Durchsuchungsaktion nach Affäre um abgehörte Telefonate bei Krupp

Duisburg (dpa). Beamte der Kriminalpolizei und Staatsanwälte haben gestern das Büro und die Wohnung eines Betriebsratsmitgliedes des Rheinhausener Krupp-Werkes sowie die Räumlichkeiten eines evangelischen Pfarrers in Duisburg durchsucht. Diese Aktion stand im Zusammenhang mit abgehörten Telefonaten des Krupp-Stahl-Vorstandsvorsitzenden Cromme, wie die Staatsanwaltschaft Düsseldorf auf Anfrage bestätigte. Über das Ergebnis der Durchsuchung, so Oberstaatsanwalt Ruhland, könne die Justiz noch keine Auskunft geben; die Betroffenen müßten erst gehört werden.



Plattform für eine revolutionäre 1. Mai-Demo

Für uns ist der 1. Mai ein Tag des internationalen revolutionären Kampfes gegen die patriarchalisch/kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Wir teilen uns in die Tradition der Kämpfe, die hier in der imperialistischen Metropole und international gegen die Herrschaft des Kapitals und der Männer über die Frauen geführt wurden und werden, der Kämpfe hier in den Stadtteilen, in den Fabriken, in den Knästen, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, des militanten und bewaffneten Kampfes in den Metropolen gegen Projekte der Herrschenden und ihre Verantwortlichen, die immer stärker werdenden Kämpfe der revolutionären Frauen hier und in vielen Ländern der Erde, die nationalen Befreiungskämpfe.

Wir wollen eine vom DGB unabhängige Demo am 1. Mai machen, die im Gegensatz zu der klassenverräterischen, reformistischen Politik des DGB den Zusammenhang der weltweiten Kämpfe aufzeigt und die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation betont. Bei den 1. Mai Aufmärschen des DGB der letzten Jahre in Berlin waren wir höchstens so etwas wie linksradikale Dissonanzen in der kapitalhörigen, sozialpartnerschaftlichen Festtagsmusik des DGB. Mit den "Feierlichkeiten" des DGB zum "Tag der Arbeit" haben wir nichts gemein.

Der 1. Mai soll wieder zu einem Kristallisationspunkt der Kämpfe gegen kapitalistische und patriarchale Ausbeutung werden. Auch vor dem Hintergrund der Anti-IWF-Kampagne erhält die traditionelle Bestimmung dieses Tages, daß internationale Solidarität Bedingung für den Sieg über den Imperialismus ist, für uns eine besondere Bedeutung.

"Der Imperialismus als jetzige Form der Männerherrschaft baut auf die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen durch Männer auf. Materielle Grundlage der Männerherrschaft ist die Aneignung von Frauenarbeit und von Frauen selbst als "Naturprodukte". Das Patriarchat ist kein psychologisches, sozialisationsbedingtes Problem, sondern ein politisches, das ökonomische Grundlagen hat.

Die Imperialisten greifen genau dieses Ausbeutungsverhältnis auf und entwickeln es gemäß ihrer Profitinteressen

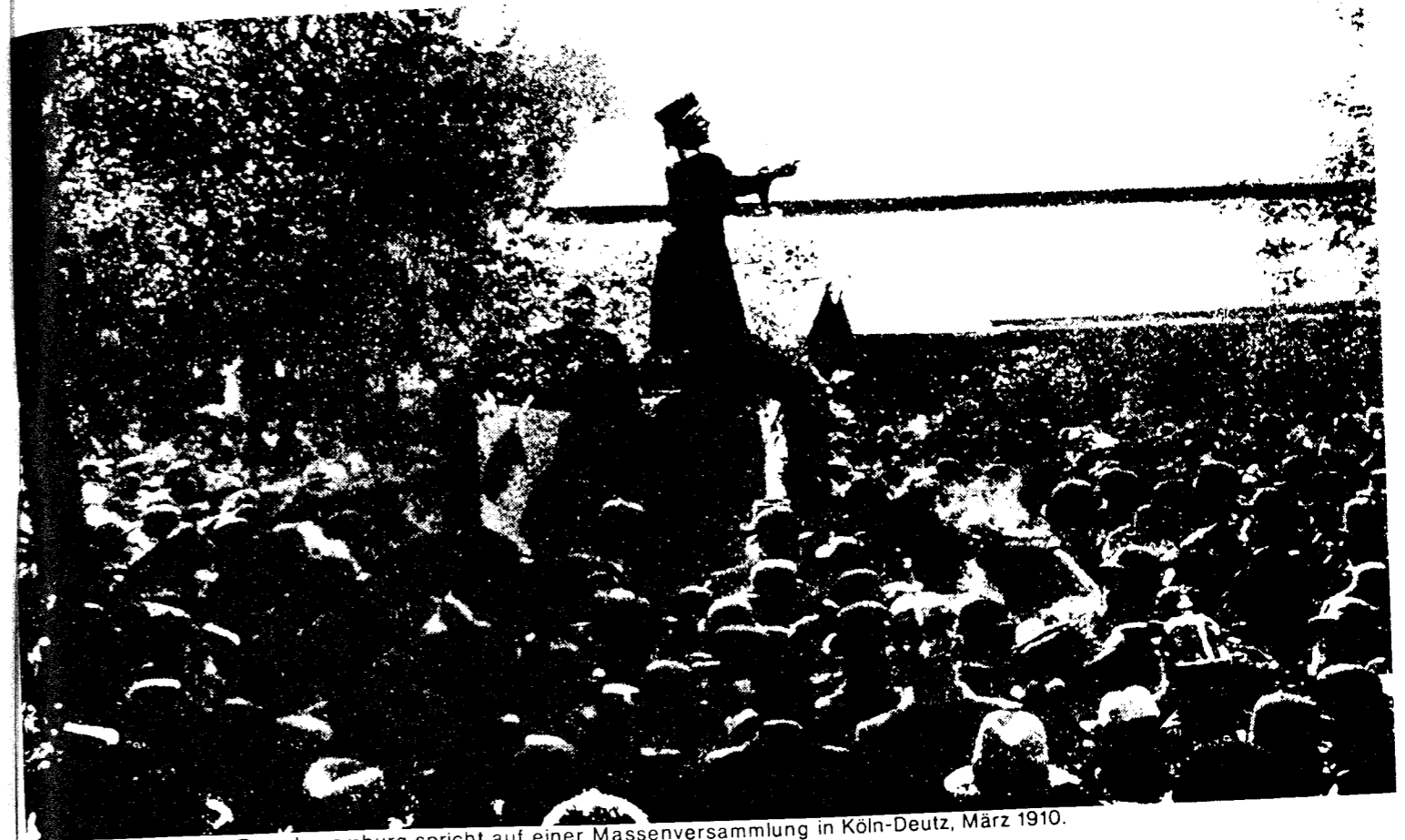
weiter. Deshalb ist für uns der Kampf für Befreiung von jeglicher Unterdrückung ein Kampf gegen patriarchale Herrschaft und damit gegen diejenigen Männer, die Frauen unterdrücken und ausbeuten und ein Kampf gegen die Kapitalisten/Imperialisten." (Redebeitrag auf der internationalistischen Frauen- und Lesbendemo am 8. März 88)

Ausbeutung und Unterdrückung werden immer stärker zu einem umfassenden Verhältnis, das sich noch nie allein auf Lohnarbeit beschränkt hat. Kapital will nahezu alle menschlichen Bedürfnisse, Regungen vermarkten Natur und Menschen sollen vollständig zum Objekt von Profit und Herrschaft werden, weltweit. Der Angriff des Kapitals ist total und mobilisiert Widerstand in allen Bereichen. Die Bewegungen gegen Gentechnologie, imperialistische Bevölkerungspolitik, gegen Kriegs- und Aufrüstungspolitik, AKW's und andere strategische Projekte durchbrechen diesen Prozeß. Wir begreifen unseren Kampf hier als Teil des internationalen Klassenkampfes. In diesem internationalistischen Kampfverständnis wollen wir uns hier als Teil der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen dieser Erde organisieren, um von hier aus einzugreifen in das internationale Kräfteverhältnis auf Seiten der Revolution. Den Gedanken der unabhängigen (autonomen) Organisation wollen wir am 1. Mai auf die Straße tragen, weil wir nur durch eine starke revolutionäre Organisation letztendlich in der Lage sein werden, zu siegen.

Das ist unser grundsätzliches Verständnis, wenn wir sagen, den 1. Mai als internationalen Kampftag wieder zu einem Kristallisationspunkt unserer Kämpfe zu machen.

Ausgangspunkt für unseren Kampf sind die patriarchalen kapitalistischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse, denen wir hier unterworfen sind und die wir hier bekämpfen an jedem Punkt, in jedem Bereich, wo es uns möglich ist.

Für einen großen Teil der linken radikalen Bewegung



Rosa Luxemburg spricht auf einer Massenversammlung in Köln-Deutz, März 1910.

war in den vergangenen 10 Jahren der traditionelle Lohnarbeitssektor kaum Ausgangspunkt für organisierte Kämpfe.

Die Klasse der ArbeiterInnen insgesamt beginnt erst wieder eigenständig organisierten Widerstand im allgemeinen und gegen die Umstrukturierung der Produktion und des Arbeitsmarktes im besonderen zu entwickeln. Frauenarbeit, bezahlte und unbezahlte, isolierter "Heimakkord" und "Hausfrauentätigkeit", Billigstlohnarbeit und kostenlose Reproduktion der Ware Arbeitskraft durch Frauen entwickelt sich immer mehr und bewußter zu einem Terrain der Klassenauseinandersetzungen.

Automatisierung, Rationalisierung der Produktion nach den Prinzipien der Isolierung der ArbeiterInnen untereinander, Produktion 24 Std am Tag, die Auflösung vieler erkämpfter, tariflicher Minimalrechte, die sog. Entgarantierung der Arbeit und die massenhafte "Freisetzung" in die Lohnarbeitslosigkeit haben erstmal die Voraussetzungen für organisierten Widerstand der Klasse erschwert.

In diesem Zusammenhang spielt der DGB als Institution eine wesentliche Rolle. Seine Aufgabe ist es, die Kämpfe der Ausgebeuteten zu unterdrücken, Radikalisierung abzufedern und in Verhandlungslösungen zu kanalisieren. Jeder autonome Widerstand bedeutet auch für den DGB die Gefahr, daß sich ArbeiterInnen von den Gewerkschaften lösen und nicht mehr bevormunden und ihren Widerstand nicht mehr enteignen lassen. In Rheinhausen, bei den Stahl- und WerftarbeiterInnenkämpfen in Frankreich, dem Baskenland und Spanien haben die reformistischen Gewerkschaften alle Hände voll zu tun, den Widerstand zu bremsen, den Zorn der Ausgebeuteten zu unterdrücken, RevolutionärInnen auszuliefern, mit den Bullen zusammenzuarbeiten, dem patriarchalen Kapital die Arbeit abzunehmen.

Bei Streiks in anderen Ländern legt sich der DGB mächtig ins Zeug, den Widerstand der ArbeiterInnen gegen Überstunden und Sonderschichten zu verhindern, d.h. Streikbrecherfunktionen zu übernehmen. Dies war der Fall beim VW-Streik in Mexiko und dem Bergarbeiterstreik in England. Der DGB hat härteste Repressionen gegen den bewaffneten Kampf gefordert und Demonstrationen für AKW's in den Hochzeiten der Anti-AKW-Bewegung organisiert. Er koordiniert die internationale Arbeitsteilung mit anderen Gewerkschaften in der ILO (international labour organisation) und versucht, jeden Ansatz von proletarischem Internationalismus zu unterdrücken. Kurz: Dem internationalen Kapital würde es ohne solche reformistische Gewerkschaftspolitik wesentlich schlechter gehen!

In diesem Sinne richtet sich unsere Initiative für eine "eigene" 1. Mai Demo nicht gegen die Gewerkschaftsbasis, zumal wir wissen, daß viele ArbeiterInnen die Gewerkschaftsorganisation für Rechtsschutz, Streikkohle usw. benutzen, aber schon lange keine Illusionen mehr über den politischen Charakter der Gewerkschaften haben.

Es gibt Anzeichen dafür, daß die alltägliche Verweigerung und der individuelle Widerstand gegen die Lohnarbeit sich zu neuen Ansätzen einer politisch kämpfenden Klasse auch in der BRD herausbilden können. Es kann nur eine autonome ArbeiterInnenorganisation sein, die den reaktionären Gewerkschaftsapparat und seine Führung ausschaltet und die Organisation der Klassenkämpfe selbst in die Hand nimmt. Die Ansätze der sog. Alternativökonomie, die als konkrete Utopien gegen Ausbeutung und entfremdete Arbeit entwickelt worden waren, bieten in diesen Kämpfen keine Alternative. Es ist vielmehr notwendig, daß die Linke die Ausbeutungsverhältnisse (von der Fabrik bis zur Alternativklitsche), in denen sie selbst schuftet, wieder stärker als Terrain politischer Auseinandersetzung und Organisation begreift.

Klar ist, daß praktischer, proletarischer Internationalismus ein wichtiger Orientierungspunkt dieser Kämpfe sein muß. Arbeitskämpfe können dann erfolgreich sein, wenn bspw. englische, polnische, deutsche, südafrikanische und türkische Bergarbeiter sich nicht gegeneinander ausspielen lassen; wenn AutomobilarbeiterInnen in Mexiko, Brasilien, Südafrika, BRD Stärke durch die Gleichzeitigkeit ihrer Kämpfe entwickeln.



Die Aktionen der Roten Zora und der Amazonas gegen den Adler-Konzern in der BRD zur Unterstützung der Streiks der Textilarbeiterinnen in Südkorea waren eine andere praktische, erfolgreiche Möglichkeit internationaler Solidarität.

Bau-substanz und Infrastruktur im Stadtteil zu verbessern, andererseits durch diese Einbindung eine radikale Selbstorganisation zu verhindern oder zu spalten. Sind im Stadtteil dadurch gewisse Voraussetzungen im Bereich Bausubstanz und Wohnqualität geschaffen, dann wird der Stadtteil für den Kapitalzufluß geöffnet, die Mieten erhöht, eine neue Mittelschicht siedelt sich an, die alten Strukturen werden verdrängt und zerstört.

"Ein weiterer wichtiger Punkt im Rahmen der Umstrukturierung ist die Kommerzialisierung und Kontrolle des Freizeitbereichs. In vielen Straßen des Kiezes werden Gewerbemieten so drastisch erhöht, daß kleine Läden gezwungen sind, aufzugeben, und nur noch Einrichtungen wie Spielhöhlen, Sexshops, Puffs und



Für viele von uns hier in West-Berlin ist der Widerstand im Stadtteil im letzten Jahr mit seinen verschiedenen Konfrontationslinien zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden. Die Revolte am 1. Mai 87 hat gezeigt, welche Explosivität die Widersprüche erreichen können, die es in bestimmten Stadtteilen in den imperialistischen Metropolen gibt. Dabei ist wichtig zu sehen, daß Kreuzberg keine Ausnahme ist. Lohnarbeitslosigkeit, Mietwucher und Wohnungsnot, die Situation von ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlingen, die Verelendung ganzer Stadtteile und Gebiete und die damit verbundene Perspektivlosigkeit ist eine zunehmende Tendenz in der sozialen Entwicklung hier in West-Berlin und den imperialistischen Metropolen wie USA, GB, Fr und BRD überhaupt. Für die Herrschenden stellen diese Stadtteile eine Ansammlung von unkontrolliertem "Konfliktpotential" dar, das sie so nicht hinnehmen können. Das Problem der Herrschenden ist, daß die grundlegende Dynamik im Kapitalismus, das Streben des Kapitals nach Wiederverwertung und Profitmaximierung, Kämpfe im Stadtteil aufreißt, die sie unter den Teppich kehren wollen.

In allen Metropolen ist hier dasselbe Entwicklungsschema im Stadtteil sichtbar. Auf die systematische Zerstörung von Stadtteilen durch Spekulation, Leerstand und Verfall folgt die "Wiederaufforstung" durch staatliche Maßnahmen. Diese stützen sich vielerorts, nicht nur in der BRD und West-Berlin, auf Sanierungsträgergesellschaften, deren Arbeitsweise es ist, durch die Einbindung der Betroffenen in Sanierungsprojekte einerseits

dergleichen in der Lage sind, sie zu bezahlen. Hier sollen Männer ihre Freizeit verbringen und ihr Geld lassen. Damit werden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Solche Läden sind nicht nur eine unerschöpfliche Profitquelle für ihre Besitzer, sondern sie mobilisieren auch in ganz extremer Weise die alltägliche Frauenverachtung. Dadurch wird aufgestaute Wut über täglich erlebte Ausbeutung auf Frauen gelenkt und die Frauenunterdrückung zementiert.



Jede Frau bekommt das zu spüren, alleine schon wenn sie an solchen Läden vorbeigeht. Eine ähnliche Funktion haben die überall wie Pilze aus dem Boden schießenden Videoläden: in 99 % der Filme wird das Bild der Frau als Begleiterin des Mannes, als Sex- und Vergewaltigungsobjekt, als hirnloses Dummdchen oder attraktives Aushängeschild des Mannes, als treusorgende Gattin und Mutter zum erstrebenswerten Ideal gemacht.. (Redbeitrag von Frauen und Lesben auf der Kiezdemo am 14.11.87)

Diese sexistische Propaganda verstärkt die Gewalt von Männern gegen Frauen, was sich in tagtäglichen Angriffen ausdrückt.

Insgesamt ist daraus ersichtlich, daß jeder Schritt des Kapitals kein rein ökonomischer ist, sondern immer auch ein politischer. Jeder Schritt des Kapitals ist Klassenkampf von oben und muß daher abgesichert werden durch Konzepte zur Integration und Repression.

Die Strategien zur Aufstandsbekämpfung im Stadtteil durch Kombination von Repressions- und Integrationsmaßnahmen diskutiert und entwickelt die Bourgeoisie schon lange. Das betrifft den Ausbau der Repressionsapparate genauso wie die international betriebene Forschung im Bereich der Stadtplanung. Der Angriff läuft also präventiv und wird da konkret, wo es bereits Widerstand gibt. Durch den 1. Mai 87 sind die verschiedenen Befriedigungsstrategien für Kreuzberg in den Vordergrund getreten, wurden in den Medien öffentlich diskutiert.

Aber wir haben denen bislang einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. In Kreuzberg existiert die für diesen Staat so gefährliche Zusammensetzung von breiter Unzufriedenheit, spontaner Wut und vielen Ansätzen von organisiertem, bewußtem Widerstand. Dagegen setzen sie den Bullenapparat, Sozialreformer, Stadtplaner, die Integrationsstrategen und ihre Agenturen (Stattbau u.a.) und diverse Sonderprogramme.

Im Laufe des letzten Jahres sind v.a. Träger (Vereine, Organisationen usw.) der Integrationsstrategen gegen das "brisante Potential" in den Mittelpunkt der

Diskussion gerückt. Einige ihrer Projekte und Strukturen waren Ziele von Aktionen des Widerstandes. Angriffe auf das Projekt der "sozialen Durchmischung" durch Kübel und Ghostwritter, Angriffe auf Sklavenhändler, Heroindealer, Spielhallen, Sexshops, der Widerstand gegen das Parkkonzept auf dem Görlitzer Gelände, gegen die Kita auf dem Kinderbauernhof, die Besetzung der Pfluelstr.-Etage, des F.E.B., die Initiativen zur Enteignung von Häusern zu Reiche 63 a und Tag B sind Kämpfe, auf die wir uns beziehen.

Der Kampf gegen die "soziale Durchmischung" bedeutet, den Integrationsstrategen, Spekulanten, Hausbesitzern, Städteplanern das Handwerk legen.

Es geht darum, an Terrain zu gewinnen, die reformistischen Kräfte und ihre Projekte zurückzudrängen, kollektive Strukturen unter uns und im Stadtteil zu entwickeln, unsere Perspektiven zu verankern und zur Orientierung zu werden.

Wir können uns das als Entwicklung in praktischen Schritten wie Hausbesetzungen, Wohnungsbesetzungen, kollektiver Minderung/Aussetzung der Miete und Verhinderung



von Zwangsräumungen vorstellen. Wir sind nicht gegen grüne Flächen, gute Wohnungen und Plätze für Kinder. Aber wir sind gegen die sozialintegrative Vereinnahmung dieser Projekte. Das dient nur dem Zweck, die Unzufriedenheit zu kanalisieren, den Interessenausgleich zwischen Kapital und Klasse anzustreben, um so klassenkämpferische Positionen zu isolieren.

Isolierung radikaler Ansätze ist eine, die Spaltung der Klasse eine andere Strategie der Herrschenden gegen uns, auch besonders in den Stadtteilen. Sie mobilisieren und erzeugen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit gegen ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge aus dem Trikont und sie versuchen, chauvinistische Strömungen im Metropolenproletariat für ihre imperialistischen Kriegspläne zu manipulieren. Es häufen sich Ansätze, daß faschistische Organisationen wieder an Bedeutung für die imperialistische Herrschaftssicherung auch in Westeuropa gewinnen und gegen unseren Widerstand und vor allem gegen AusländerInnen gesetzt werden.

Wir stellen deswegen die 1. Mai-Mobilisierung auch in den Zusammenhang der westeuropäischen Kampagne gegen Rassismus und Faschismus.



Für die Entwicklung des revolutionären Prozesses war und ist es immer wichtig, den Kampf auch im Knast zu führen. Für jede/n, die/der Widerstand leistet, ist Knast eine tagtägliche Bedrohung. Wir begreifen den Knast als Kampfterrain und die Kämpfe der gefangenen Frauen und Männer als Teil unseres Kampfes.

Im Knast ist der Widerspruch zwischen HERRSCHAFT/Unterdrückung und Revolution/Selbstbestimmung am schärfsten greifbar. Durch die Isolationsfolter versuchen die Herrschenden, die Identität der politischen Gefangenen zu brechen und sie zu vernichten. Die Iso-Trakte, die erstmals gegen die gefangenen Revolutionärinnen und Revolutionäre angewandt wurden, werden immer mehr zum Bestandteil eines umfassenden Knastkonzeptes. Durch den sog. stufenweisen Strafvollzug, also die Kombination von harter Repression wie Iso-Haft, und das Angebot von stufenweiser Haft-erleichterung, wenn der/die Gefangene sich auf die Reintegrationsprogramme wie z.B. Gehirnwäsche durch GefängnispsychaterInnen einläßt, soll die Persönlichkeit der Gefangenen gebrochen werden. Gegen die täglichen Angriffe und den Zwang zur Unterwerfung leisten die Gefangenen auf verschiedene Weise Widerstand wie Verweigerung der Knastarbeit, Bildung von Knastzeitungskollektiven, Organisation gemeinsamer Aktionen usw., wie der Hungerstreik der Frauen in der Plötze.

Der gemeinsame Kampf für Zusammenlegung der politischen Gefangenen bricht das Vernichtungskonzept der Isolation. Die Zusammenlegung ermöglicht die Fortsetzung des kollektiven Prozesses, gemeinsames Diskutieren und Arbeiten, um so ein starker Bestandteil der revolu-

tionären Bewegung zu sein. Wir werden die Forderung nach Zusammenlegung aber nur durchsetzen, wenn sie nicht Appell ist, sondern fester Bestandteil unserer Kämpfe.

In der Mobilisierung gegen IWF und Weltbank wird versucht, ein Verständnis für international verlaufende Klassenkämpfe und Angriffslinien des patriarchalen Kapitals zu entwickeln und breit zu diskutieren. Große Teile der revolutionären Linken beziehen sich auf die Kampagne und mobilisieren für konkrete Aktionen im Herbst. Auch auf der revolutionären 1. Mai Demo wollen wir die Politik von IWF und Weltbank als internationale Agenturen des Klassenkampfes deutlich machen. IWF und Weltbank sind zwei der zentralen internationalen Institutionen des Imperialismus, die alle das gleiche Ziel haben, nämlich die Unterdrückung der Klassenkämpfe weltweit zu koordinieren und an den Brennpunkten ideologisch, ökonomisch und militärisch zu intervenieren. Wir beziehen uns dabei sowohl auf den Kampf der Befreiungsbewegungen als auch auf die zunehmenden Klassenauseinandersetzungen gegen die auch vor allem vom IWF gesteuerten Krisenstrategien gegen die ausgebeuteten Völker des Trikont. Massendemonstrationen, Landbesetzungen, sog. Brotunruhen,



militante Fabrikkämpfe, Plünderungsaktionen und Revolten von Tunesien bis Philippinen, von Brasilien bis Südkorea, von El Salvador bis Pakistan deuten an, daß der Widerstand gegen imperialistische Vernichtung und Ausplünderung weltweit eine neue Dimension herausbildet. Die jüngsten Streikbewegungen in Rumänien sind ein Beispiel, wie imperialistische Kapitalverwertung, organisiert über den IWF, in RGW-Staaten hineinwirkt.

Der Widerstand der Frauen, die 2/3 aller Arbeitsstunden leisten, gegen ihre Ausbeutung in der Produktion und im gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsbereich, gegen die Angriffe der Weltbevölkerungspolitik und Gentechnologie, die die Frauen zum uneingeschränkten Verwertungsobjekt des Kapitals machen wollen, entwickelt über den Rahmen der herr-kömmlichen Definition von Klassenauseinandersetzungen hinaus eine eigene Qualität.

Das ist der Zusammenhang, wenn wir sagen, wir wollen die Mobilisierung für den 1. Mai auch als einen Schritt nutzen, den Widerstand gegen den IWF-Kongress als einen praktischen Prozeß unter den beteiligten Gruppen aus den verschiedensten Teilbereichen zusammenzubringen und ihn zu verbreitern.

Wenn es uns gelingt, hier in der Metropole zur realen Gegenmacht zu werden, wenn der Widerstand in allen Bereichen an Schärfe und Breite gewinnt und wenn wir hier im Herzen der Bestie die Projekte attackieren, mit denen die Imperialisten die Angriffe auf die Völker der Welt planen, so ist das unser internationalistischer Beitrag zur Weltrevolution, sind das auch Etappen zu unserer eigenen Befreiung.

Das setzt unter uns trotz der bestehenden Differenzen einen solidarischen und verantwortlichen Prozeß und die Debatte über die Schritte und Wege, über Taktik und Strategie zu diesen Zielen voraus. Verantwortlichkeit heißt für uns, Genauigkeit und Verbindlichkeit in der politischen Bestimmung der Praxis und im Umgang untereinander, in unseren Strukturen des Widerstandes zu entwickeln. Das ist keine Ablehnung von Spontanität, aber eine Absage an blinden Aktionismus und Sektierertum.

In der Diskussion um die 1. Mai Demo geht es für uns um einen Prozeß, der den Widerstand in dieser Stadt zusammenführt, aber nicht über eine formale "Einheit in der Vielfalt", sondern über eine Einheit,

die sich über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Strategie, d.h. über die Entwicklung von Angriffslinien für den Widerstand, herstellt. Die inhaltliche Diskussion, die gemeinsame Bestimmung und die praktische Durchsetzung der Demo können darin ein Schritt sein.

Diese Plattform drückt trotz ihrer Mängel das Bewußtsein aller, die daran diskutiert haben, aus, diese Entwicklung zu wollen - nicht als endlose Debatte, sondern vor allem als praktischen Prozeß.

Die Kämpfe in den verschiedenen Bereichen und auf den unterschiedlichen Ebenen (Öffentlichkeitsarbeit, Demos, Blockaden, militante Aktionen...), die hier und international geführt werden, gewinnen dann an Stärke und Perspektive, wenn sie sich in einen gemeinsamen Zusammenhang stellen. Diese Erfahrung haben wir ja schon an verschiedenen Punkten gemacht. Jeder Widerstand, der in seiner Perspektive auf einen einzelnen Bereich beschränkt bleibt, mündet im Reformismus, wird integrierbar.

Wir finden es wichtig, im Vorfeld der 1. Mai-Demo mit den verschiedenen Gruppen hier (Stadtteil-, JobberInnen-, Flüchtlings-, Antifa-, AntiAKW-Gruppen usw., mit Frauen und Lesbenzusammenhängen, mit revolutionären ausländischen Organisationen und den Internationalismusgruppen...) und allen, die sich daran beteiligen wollen, eine gemeinsame Diskussion über den 1. Mai zu führen, die Demo inhaltlich zu bestimmen und die praktische Durchsetzung vorzubereiten (was für uns zusammengehört, weil die Bedingungen, zu denen wir demonstrieren, für uns genauso politisch sind wie die Inhalte der Demo)

autonomes / antiimperialistisches Plenum für eine revolutionäre 1. Mai-Demo



vervielfältigen + weitergeben!

Den Widerstand organisieren -
revolutionäre Gegenmacht aufbauen

nieder mit dem Patriarchat und Kapital - Befreiung international

Die erste VV ist am Mittwoch, 6.4. um 19.00 Uhr im Versammlungsraum/Mehringhof.



Empfang des Gewerkschaftssekretärs Benvenuto durch streikende Arbeiter, Mailand 1980

FREIHEIT HAT ETWAS ANSTECKENDES!

Den traditionellen internationalen Kampftag der ArbeiterInnenklasse wieder zu unserem Tag zu machen, ist besonders dies Jahr eine Notwendigkeit und ein gewagtes Unternehmen zugleich. Vor einem Jahr ist in Kreuzberg etwas passiert, worüber sich die Gelehrten der Neuzusammensetzung des Metropolenproletariats und der Klassenanalyse noch heute streiten. Wir haben den keine neue Analyse hinzuzufügen. Nur, daß es wenige Momente, sozusagen die Vorahnung, von einem Gefühl von Freiheit gab. Wir wollen das nicht für Minuten, Stunden, sondern 365 Tage im Jahr.

Unsere Stärke liegt in erster Linie bei der Akzeptanz unserer Politik, unserer Ideen in den Köpfen und Herzen der Unterdrückten und dann in der darauf aufbauenden Militanz und Gegenmacht. Das sollten ein paar grundsätzliche Gedanken sein, gerichtet auch an die, die in ihren Vorstellungen von 1. Mai einen platten Militanzritual aufsitzen, die den Mythos 1. Mai 87 nur noch als Revival-Fest konsumieren wollen.

1. MAI 88



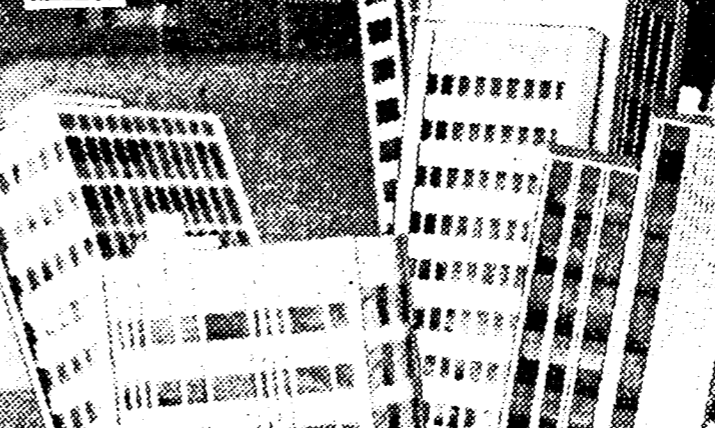
Und wir wissen, daß das nicht das Macho-Feeling - Büchsbier in der einen, den Stein in der anderen Hand - ist, was diese Ahnung zur Wirklichkeit werden läßt. Wir wollen ein Jahr danach eine 1. MAI-DEMO machen, um auch an den Erfahrungen von letztem Jahr anzuknüpfen. Inzwischen ist viel passiert, in unseren Zusammenhängen aber auch der Staat war nicht untätig. Mit militärischer Hochrüstung versucht er uns eine Auseinandersetzung mit seinen grünen Plastikrittern aufzuzwingen. Ein Widerstand, der ausschließlich auf den Streetfight mit den Bullen reduziert ist, fällt uns aber selbst auf die Füße. Spontanität und Bewußtheit, Wit und Organisiertheit, Militanz und kollektive Verantwortlichkeit für eine Gesamtbewegung sind nicht voneinander zu trennende Elemente einer Erfolgversprechenden Strategie.

Der erste Mai gehört nicht in die Hand der DGB-Führung. Sie verrät ständig Inhalte und Tradition dieses Tages, nämlich als Ausdruck eines weltweiten Zusammengehörigkeitsgefühls aller Unterdrückten und Ausgebeuteten und spaltet die internationalen Klassenkämpfe. Wer "Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt", die Unterstützung des Atomprogramms, von Aufrüstungsprojekte (SDI und EUREKA) und Hightech immer und überall fordert wie das immer wieder von der DGB-Führung zu hören ist, der fällt auch Streiks und Kämpfen in anderen Ländern in den Rücken (wie zum Beispiel beim englischen Bergarbeiterstreik). Aber Illusionen über den Charakter dieses DGB-Apparates haben eh nur noch wenige. Sowohl innerhalb der Gewerkschaftsbasis wie auch außerhalb gibt es Positionen, die bei der Auseinandersetzung um Lohnarbeit dieser Gewerkschaft eine eigene Praxis und eigene Forderungen

entgegenzusetzen. Soverhinderte kürzlich bei VW ein Teil der Belegschaft Überstunden, die dem Streik bei VW in Mexico in den Rücken gefallen wären. Auch die Arbeitskämpfe in der Stahlindustrie, speziell Rheinhausen, machen deutlich, wie notwendig eine eigenständige Organisation der ArbeiterInnenklasse ist. Hier gibt es für uns Möglichkeiten für eine Auseinandersetzung und die Notwendigkeit unsere Klassensolidarität auch am 1. Mai auf die Straße zu tragen. Es gibt keinen Grund zur Arroganz gegenüber den relativ schwach entwickelten Streik- und Kampforganisationen in den Betrieben. Der Faschismus hatte die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der ArbeiterInnenbewegung fast vollständig vernichtet. Die ArbeiterInnenklasse in der BRD steht vor der schwierigen Notwendigkeit sich trotz SPD und DGB, trotz Reformismus und Sozialpartnerschaft die bewußte Klassenkämpferfahrung wieder anzueignen.

Wenn wir als Linke stärker die Bedingungen unserer Lohnarbeit (von der alternativklitsche bis zur Sozialkumperei, von Taxijob bis zur Fabrik), unsern miesen kapitalistischen Überlebensalltag (Arbeitsamt/Soz.), aber auch unsere alltäglichen Widerstandsformen (Einkläuen/Schwarzfahren usw.) in die politische Auseinandersetzung bringen, kann das ein Argument sein zur Wiederaneignung von Klassenbewußtsein. Das ist Thema auch/nicht nur am 1. Mai.

Ein Bereich, in dem sich etwas mehr bewegt, wo wir etwas stärker drinn stecken, ist der Stadtteil. Wedding, Schöneberg, Kreuzberg, Teile von Charlottenburg und Neukölln waren von Hausbesitzern und Spekulanten systematisch heruntergewirtschaftet worden. Nachdem nun mit Steuermitteln die Bausubstanz wieder ein bisschen hochgepöppelt worden ist, kann sich das Spekulantentpack wieder austoben. Sozusagen pünktlich nach Abschluß der größten Sanierungsmaßnahmen wird der "Weiße Kreis" eingeführt. Die "Wohnqualität" des Stadtteils wird jetzt geliftet, weil sich daran ja das Mietpreinsniveau angelich orientieren soll. eine polzeigerechte Mischung aus Beton und ein bisschen Grün, teure Schicki-Kneipen - is ja allet so schön hell hier - Spielhöhlen, Sex-shops und schon klettert der Mietpreisspiegel. Da wird schnell noch ne Klingel mit Gegensprechanlage eingebaut, um die Miete weiter hochzutreiben. Dafür kannst du dann in Zukunft den Gerichtsvollzieher schon per Gegensprechanlage empfangen, der pfänden will, weil du das alles nicht mehr löhnen kannst.



Wir sind ja nicht gegen einen Platz an der Sonne für ALLE, aber gutes Wohnen ist ein Grundbedürfnis und kein Profitobjekt. Die Hausbesetzerbewegung hatte das bislang am offensivsten auf den Punkt gebracht. In ihr waren viele Ansätze von selbstbestimmten Leben, Widerstand und eigener Kultur entstanden gegen BKA-Stadtplanung, gegen den alles umfassenden Arbeits- und Konsumzwang. Der darauffolgende Bullenknüppel einerseits und der Einkauf der Bewegung andererseits, die "sanften" Kontroll- und Befriedungsstrategien haben aber nur zum Teil gegriffen. der 1. Mai 87, der Kinderbauernhof, Maxwell-Scheiße, Stattbau=Staatbau, Backsteinfabrik, Görlitzer Park, Versuche von Hausbesetzungen und Mietboykotten, die Kiez-Demo,

sind Beispiele dafür, daß Kreuzberg noch lange nicht beherrschbar geworden ist. Gleichzeitig sollte gesehen werden, daß das erstmal nur Ansätze sind, die verankert, verbreitert werden müssen. Ob gegen Mieterhöhungen sich Hausversammlungen bilden, die sich wiederum in Straßenräten koordinieren könnten, um ein Mieterhöhungsboykott zu organisieren (und vielleicht mal einen Mietboykott, das hängt auch von uns ab. Es wären vielleicht Ansätze einer autonomen Stadtteilorganisation (was allerdings viel mühselige Kleinarbeit verlangen würde). Mieterhöhungen ab 1. April bzw. ab 1. Mai sind jedenfalls vielen in Berlin ins Haus geflattert.

Stadtteilwiderstand ist aber nicht der Nabel der Welt. Es ist ein Abschnitt in der Konfrontation mit Staat und Kapital. Der Frauenwiderstand hat sich über die Begrenztheit von Stadtteil und Reproduktionsbereich hinaus als eine grundsätzliche Politik mit starker internationalistischer Bestimmung entwickelt.

Den 1. Mai 88 sehen wir als einen Versuch, die Bewegung in Stadtteil und Fabrik auch internationalistisch zu orientieren. Und das nicht als Sonntagsrede zum 1. Mai, sondern hoffentlich in unserem Alltag mit den AusländerInnen und Flüchtlingen hier besonders in Kreuzberg, Wedding und Neukölln. Das muß damit anfangen, daß wir Kampagnen, Kämpfe von vornherein international organisieren, also nicht wie meistens unser deutsches Stüppchen kochen. Das heißt aber auch, sie in ihrer besonderen Situation als Flüchtlinge, von Ausländergesetzgebung und Rassismus bedrohte Menschen praktisch zu unterstützen.

Die Aktionen gegen den Adler-konzern zur Unterstützung der Streiks der Südkoreanerinnen zeigen, wie effektiv es sein kann, die hier anzugreifen, die den Menschen in anderen Ländern das Leben sauer machen. In diesem Sinne begreifen wir die 1. Mai-Demo auch im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus und als Teil der Mobilisierung gegen den IWF- und Weltbankkongress.

Wir verzichten hier auf weitere Ausführungen zur ANTI-IWF-Kampagne. Die, die dieses Flugblatt lesen haben eh schon davon Wind bekommen. Und wir haben auch weiterhin etliche Kämpfe, Widerstandsebenen nicht erwähnt, weil deren bloße Aneinanderreihung, Auflistung nicht unbedingt unsere Stärke ausdrückt.

Wir sehen den 1. Mai dies Jahr als eine Chance, aus den reformistischen Feierlichkeiten zum "Tag der Arbeit" wieder den Tag zu machen, der die Vielfalt aller Kämpfe und des Widerstandes gegen kapitalistische und patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung zusammen ausdrückt. Mit dieser umfassenden Bestimmung ist diese 1. Mai Demo natürlich sowas wie ein Sprung ins kalte Wasser oder sowas wie eine Erstbesteigung. Aber wir hoffen, daß die Erfahrungen in der Vorbereitung und der Mobilisierung für unsere nächsten Schritte eine gute Grundlage sein werden.

**WIR VERSPRECHEN NICHTS!
VORWÄRTS ZUM 1. MAI!
Aber für die Revolution ist uns auch jedes andere Datum recht.**



Am 1. Mai dieses Jahr wird es eine Demonstration durch die Stadtteile Kreuzberg und Neukölln geben. Wir fanden die Idee gut, weil in diesen Stadtteilen viele wohnen, die sich nicht alles gefallen lassen und sich wehren.

Kreuzberg, speziell SO 36, ist der Stadtteil, in dem die Widersprüche des kapitalistischen Systems am offensten zutage treten. Die Wiener Straße z. B. ist — gemessen am Einkommen der BewohnerInnen — die „ärmste“ Straße in West-Berlin. Die Arbeitslosigkeit ist immens hoch, das Sozialamt zahlt oft die Mieten, jeder 2. Haushalt ist vom Wohngeld abhängig und die Obdachlosigkeit ist weitaus höher als noch vor ein paar Jahren. Seit Anfang des Jahres ist auch die Einführung des Weißen Kreises spürbar. Letztes Jahr wurden von den Hauseigentümern leerstehende Wohnungen nicht weitervermietet. Dafür gibt es sie jetzt, allerdings zu extrem hohen Mieten: 9.— bis 11.— DM pro Quadratmeter ist für eine Altbauwohnung selbst in Kreuzberg keine Seltenheit mehr. Die hohe Umzugsfreudigkeit der BerlinerInnen verstärkt den Prozeß der Mietsteigerungen, was die Hauseigentümer freudig ausnutzen. Durch die Möglichkeit der höheren Rendite zieht West-Berlin wieder eine neue Welle von Spekulanten an, die z. B. in Abschreibungsgesellschaften organisiert, ohne viel Eigenkapital, dafür mit hohen Steuerersparnissen zu Grundbesitz mit guten Mieteinnahmen gelangen. Diese Abschreibungsgesellschaften, Ärzte, Architekten, Professoren etc., bevorzugen neuerdings Privatmodernisierungen, d. h. sie modernisieren Altbauten ohne öffentliche Gelder, und das bedeutet, daß sie sich an keiner — noch so eingeschränkten — Mietpreisbindung orientieren müssen. In Neukölln sind in den Altbaugebieten die Mieten zum Teil noch etwas günstiger, aber auch da wird sich die Lage bald ändern. Eine andere Profitmethode, mit der die Hausbesitzer z. Zt. überall, auch gegen kleine Läden, z. B. Bäckereien, Droge-

Aufruf von Stadtteilgruppen zur revolutionären 1. Mai—Demonstration durch Kreuzberg und Neukölln

Dieser Aufruf wird u. a. unterstützt von den Stadtteilgruppen Kreuzberg 61/Neukölln, Kohlfurter-Plenum, Kiezpalaver-Gruppe, Reichenberger-63A-Gruppe, außerdem von der Anarchistischen StudentInnen-Initiative, AStA-FU, Frauen- und Fachschaftsreferat.

ASh, Cienemplok

rien vorgehen, ist die immense Erhöhung der Gewerbmieten. Damit drücken sie die Unzahl von Spielhallen und Sexshops in die Stadtteile wie Schöneberg, Neukölln und Kreuzberg. Dadurch werden kleine Läden verdrängt und wir werden noch abhängiger vom Supermarkt-Scheiß.

Durch die hohen Kosten — sei es bei der Miete, beim Strom, Gas oder auch bei der BVG — nimmt einerseits die Abhängigkeit von staatlichen Geldern zu (Sozi, Wohngeld) und somit auch die Kontrolle vonseiten des Staates über unser Leben. Andererseits nimmt der Zwang zu, sich um jeden Preis mit seiner/ihrer Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Es gibt heute wieder Arbeitsbedingungen, bei denen wir vor 10 Jahren noch den Kopf geschüttelt und gesagt hätten: „Das gibt es doch gar nicht mehr!“ Die Gewerkschaften starren nur darauf, wie Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden können, die Bedingungen und der Lohn dafür bleiben größtenteils auf der Strecke. Die Unternehmer streichen die fetten Gewinne ein, dafür ist die relative Lohnquote auf dem Stand von 1960.

Die Arbeit und wie wir leben, das kann nicht getrennt voneinander gesehen werden. Auch nicht, wie Unterdrückungsmechanismen weltweit funktionieren. So werden Arbeitskräfte aus dem Ausland je nach Bedarf hierher geholt, ausgepreßt und möglichst wieder abgeschoben. Gerade in Kreuzberg und Neukölln wohnen viele Menschen, die als ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge hierher gekommen sind. Wir sehen den 1. Mai als internationalen Kampftag, an dem wir zusammen mit vielen ausländischen Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung demonstrieren wollen. Unseren Widerstand gegen die Ausbeutung in unseren Lebensbereichen und gegen die ständigen Bespitzelungen durch Datenerfassung, hohe Polizeipräsenz auf den Straßen, wollen wir dieses Jahr durch eine eigenständige, revolutionäre Demonstration ausdrücken.

Wir fühlen uns vom DGB nicht vertreten, der lediglich in sozialpartnerschaftlicher Manier das kapitalistische System mit reformiert, für ein Bonbon vom Staat und den Unternehmern dafür sorgt, daß jeglicher Widerstand von unten in den Betrieben in geordnete Bahnen gelenkt und damit auch völlig wirkungslos wird. Zudem haben andere Lebensbereiche, wie der des Wohnens, keine Relevanz für ihn.

Wir wollen das kapitalistische System nicht reformieren, wir wollen es bekämpfen und abschaffen!

ROSTLOS - 1.MAI

WHAT SHOULD WE DO WITH A PIECE OF CAKE ?

Wie jedes Jahr findet am 1. Mai (dem Arbeiter/innenkampftag) die traditionelle 1. Mai-Demo statt. Noch nie hatten andersdenkende linke Gruppen die Chance, auf dieser vom DGB eingenommenen Demo ihr Anliegen vorzubringen. Dabei geht diese Demo aus einer anarchistischen Tradition hervor. Am 1. Mai 1886 fand auf dem Haymarket in Chicago eine von Anarchisten getragene Demonstration statt, in deren Verlauf es zu einem Massaker an den unbewaffneten Arbeiter/innen kam, ausgelöst durch die Bombe eines einzelnen Menschen (wahrscheinlich ein Polizeispitzel). Später wurden die Veranstalter als geistige Urheber angeklagt, und trotz internationaler Proteste grausam von der Klassenjustiz hingerichtet.

Als wir nun als Schülergruppe versuchten, eine Rede, in der wir auf unsere Situation aufmerksam machen wollten, zu bekommen, speiste uns ein DGBFunktionsär mit der fadenscheinigen Bemerkung, Schüler seien keine Arbeiter, und hätten deshalb auf einer 1. Mai-Demo nichts zu sagen, ab. Vielleicht gilt für die Herren vom DGB immernoch minderjährig=miderwertig. Was glaubt der DGB denn, auf was wir da in der Schule vorbereitet werden. Wir sind also nicht die späteren Arbeiter/innen, die vor dem Chef und vor dem Staat buckeln müssen (da hilft auch kein DGB). Wir gehen ja nicht tagtäglich zur Schule, und haben keine 43,5hWoche. In der Schule lernen wir fremdbestimmt, d. h. ohne selbst zu bestimmen, was wir lernen wollen, vor Autoritäten zu buckeln, uns in ein System einzufügen, indem Mensch über Mensch bestimmt. Durch die Schulzweige Gymnasium, Realschule, Hauptschule, Gesamtschule wird unsere spätere Karriere vorprogrammiert. Das Bewußtsein hierfür wird uns auf den jeweiligen Schulen eingetrichtert (kann jeder auf seiner eigenen Schule nachvollziehen). Unser/e Banknachbar/in kann also ohne weiteres später ein besseres Einkommen haben oder sogar als Chef über uns bestimmen. Wichtige Voraussetzung für das Bestehen dieses Systems ist die Unterwerfung jedes einzelnen, was uns ständig in der Schule eingepflegt wird. Und da behauptet der DGB, wir hätten auf einer 1. Mai-Demonstration nichts zu suchen. Kein Wunder, denn ohne das systemtragende Schulsystem wäre der DGB sicherlich überflüssig. Ohne die im System vorhandene Herrschaft von Mensch über Mensch, würde es keine Ausbeutung und Ungerechtigkeit geben. Die Arbeiter und Bauern würden über ihre Produkte selbst bestimmen, die Schüler über ihre Lerninhalte und Lernzeiten. Der DGB wäre vollkommen unnützlich, und deshalb kriecht er vor dem System, der Regierung, den Unternehmern. Ein Beispiel dafür: In Rheinhausen muß zur Zeit "wild" gestreikt werden, weil der DGB diesen Streik aufgrund des staatlich befohlenen Streikrechtes nicht decken kann/darf/will. Außerdem besitzt der DGB selbst kapitalistische Unternehmen, in denen die 35-Stunden-Woche ein Fremdwort ist, sowie Banken, die mit einer der Hauptpfeiler dieses Staates sind. Am 1. Mai findet aber, wegen des oben angeführten Redeverbotes für linke Gruppen, außer der DGB-Demonstration noch eine Demonstration jener Menschen statt, die sich mit zweifelhaften Reformen nicht zufriedengeben, die nicht an eine langsame Verbesserung ihrer Situation glauben, die ihre ungewollte Situation als Stütze des ungewollten Systems ansehen, und es daher für nötig halten, dasselbe zu verändern.

Speziell wir, der Rat Anarchistischer SchülerInnen unter Insidern auch RASTLOS genannt), will auf dieser Demonstration über unsere alltägliche Auseinandersetzung mit Staat und Schule (z.B. im Kampf gegen die Abi-Form) berichten.

Da wir klardenkende Menschen und somit Anarchist(inn)en sind (), fordern wir die Selbstverwaltung der Fabriken und Höfe durch die Arbeiter/innen und Bauern, sowie Bäuerinnen, die Selbstbestimmung der Schüler/innen an den Schulen und die Abschaffung jeglicher Herrschaft von Mensch über Mensch!

Wer hat uns verraten? - Die Sozialdemokraten! -

Und wer verrät' uns nie? - Die Anarchie!

Wir fordern die Schüler/innen auf, sich an der revolutionären Demo am 1. Mai massenhaft zu beteiligen.

WANN? - 1. MAI - 13.00 Uhr
WO? - ORANIENPLATZ
NA, DANN IST JA ALLES KLAR!



WE WANT THE WHOLE FUCKIN'
B@KERY !

Unterstützer (u.a.): RASTLOS,

V.i.S.d.P.: Kilian Brenker, Spandauer Str. 102c, 1/20

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE

1. MAI-DEMO !

SOLLTE SICH HIER EIN SCHWARZER BALKEN BEFINDEN,
DANN AUS DRUCKTECHNISCHEN GRÜNDEN, ANSONSTEN:
RECHTE INHABER NICHT AUFFINDBAR USW. ODER SO, NAJA

In Erwägung unsrer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns besteht
Wollen wir mal feststellen, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.

In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.

In Erwägung: es gibt zuviel Kohlen
Während es uns ohne Kohlen friert
Haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen
In Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.

In Erwägung: es will euch nicht glücken
Uns zu schaffen einen guten Lohn
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon.

In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigener Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.

In Erwägung: ihr hört auf Kanonen -
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn -
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen
Die Kanonen auf euch drehn!



Den 1. Mai wollen wir wieder zu einem internationalen Kampftag gegen die Ausbeutung und Unterdrückung machen. Wir wollen unsere grundlegende Ablehnung gegen kapitalistische Ausbeutung und Frauenunterdrückung auf die Straße tragen. Der Kapitalismus und die patriarchale Ausbeutung der Frauen sind nach wie vor da, auch wenn die Festtagsreden der DGB-Bonzen dies nicht verkünden, sondern allenfalls die herrschende Regierung in Bonn anklagen. Wir haben genug von den sozialpartnerschaftlichen und staatstragenden DGB-Aufmärschen, die jedwede laute Kritik an der Gewerkschaftspolitik, zur Not mit Gewalt, verhindern und revolutionäre Inhalte immer unterdrücken.

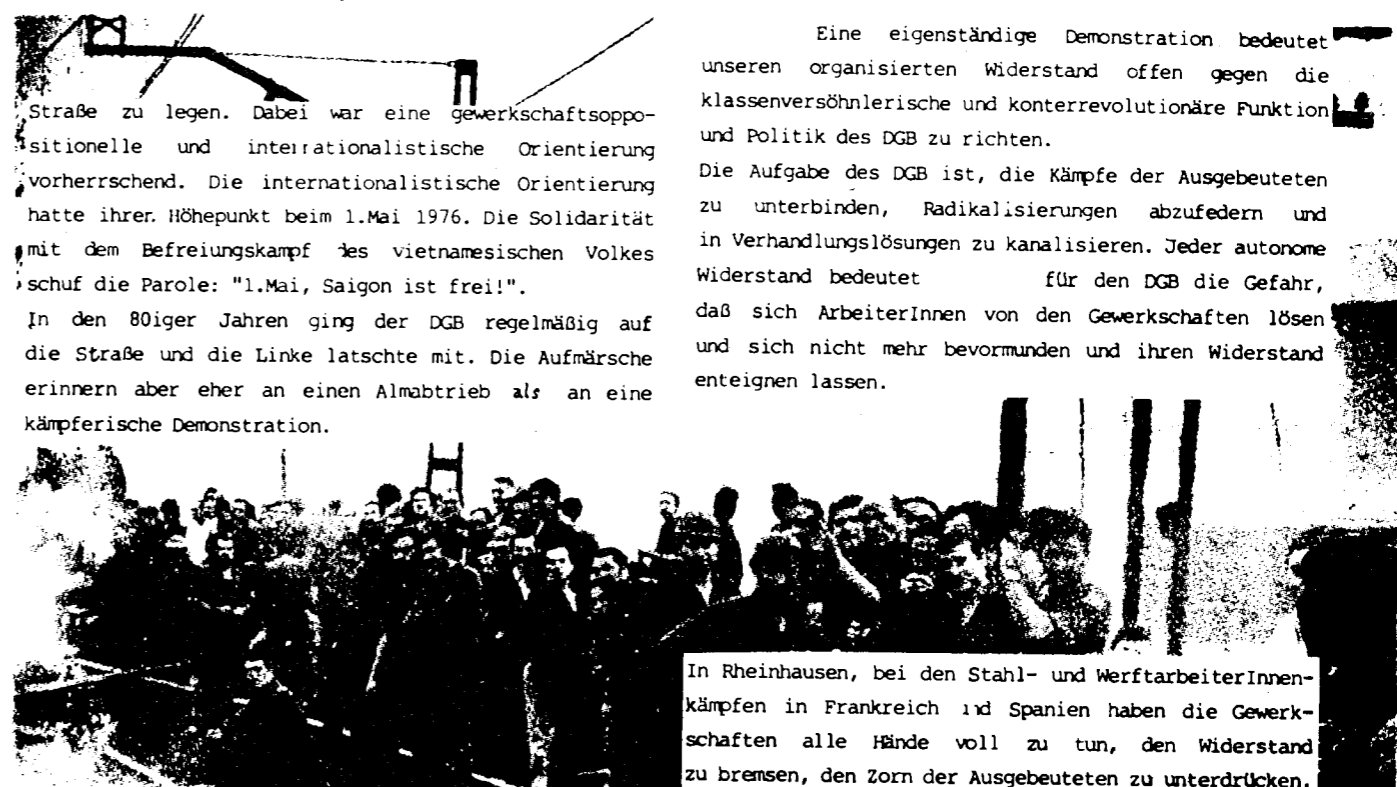


Dabei ist der 1. Mai, aus der Geschichte heraus, ein Tag des revolutionären Kampfes in allen Ländern. Vor knapp 100 Jahren ist er als Streiktag für den 8-Stundentag in den USA entstanden und die Idee, ihn international auszuweiten und überall zu streiken, erreichte 1890 auch Deutschland. Die ArbeiterInnen wollten auch streiken, aber die SPD unternahm auch damals schon alles, dies zu verhindern. Die Kapitalisten gründeten den Arbeitgeberverband. Zweck: Entlassung aller ArbeiterInnen, die es wagen am 1. Mai der Arbeit fernzubleiben. Trotz SPD und Arbeitgeberverband gingen 100.000 ArbeiterInnen nicht zur Arbeit. Die SPD und später mit Unterstützung des ADGB (der Vorläufer des heutigen DGB) mühte sich bis zum Beginn des Faschismus ab, jeden Streik am 1. Mai zu verhindern. Den Höhepunkt dieser verräterischen Politik stellte der "Blutmai" 1929 in Berlin dar. Der preußische SPD-Innenminister erließ angesichts einer sich radikalisierenden ArbeiterInnenbewegung ein Demonstrationsverbot. Dennoch demonstrierten etwa 200.000 in Berlin.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel ließ auf die ArbeiterInnen schießen und 31 Demonstrierenden wurden getötet. Daraufhin wehrte sich die Berliner ArbeiterInnenklasse in einem mehrtägigen, bewaffneten Aufstand. Er wurde niedergeschlagen die KPD-Zeitung "Rote Fahne" und der "Rotfrontkämpferbund" verboten.

Der faschistische Staat machte den 1. Mai zum "Tag der nationalen Arbeit" und damit zum gesetzlichen Feiertag. Dadurch war dem internationalen Kampftag der antikapitalistische Charakter endgültig geraubt worden und die ArbeiterInnen mußten im Gleichschritt in die Fabriken und auf die Schlachtfelder ziehen.

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde der 1. Mai zum "Tag der Arbeit" und ab 1946 ebenfalls gesetzlicher Feiertag, wie Ostern, Pfingsten oder der 17. Juni. Am Anfang nach 45 gab es noch viele radikale Klänge während der 1. Mai-Feiern, gerade weil der DGB als sozialpartnerschaftliche und anti-kommunistische Gewerkschaftsinstitution sich noch nicht überall durchgesetzt hatte. Es gab noch zu viele AntifaschistInnen und RevolutionäreInnen und eine breite Unzufriedenheit innerhalb der ArbeiterInnenklasse, die eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung wollten und nicht wieder das kapitalistische Ausbeutungssystem. - Der DGB wurde massiv von den CIA beeinflussten US-Gewerkschaften (AFL-CIO) unterstützt und nach dem gleichen Vorbild aufgebaut. Alle radikalen Kräfte wurden rausgeschmissen und jegliche sozialistische Opposition im Keim erstickt. Der DGB sollte der Garant für den Wiederaufbau des Kapitalismus sein und die ArbeiterInnenschaft zur staatstragenden, untertänigen Masse machen. Zunehmend wurde der 1. Mai auch sichtbarer Ausdruck staatsangepaßter Sozialpartnerschaftspolitik. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Entscheidung des DGB 1970 die gewerkschaftliche Maifeier in die Festsäle am Vorabend des 1. Mai zu verbannen. Es war die radikale Linke der Nach-68iger, darunter auch die K-Gruppen, die den 1. Mai als internationalen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung wiederentdeckten und durch zum Teil DGB-unabhängige Demonstrationen Druck auf die Gewerkschaften ausübten, den 1. Mai wieder auf die



Dieses Jahr nun wollen wir nicht mehr als "Betroffene" hinter dem DGB auf der 1. Mai-Demo herlaufen, sondern uns politisch und organisatorisch vom DGB abgrenzen. Damit stellen wir uns nicht gegen die DemonstrantInnen der "offiziellen" Demo, sie sind genauso lohnabhängig wie wir. Viele ArbeiterInnen benützen die Gewerkschaftsorganisation für Rechtsschutz und Streik-Kohle, sie haben aber schon lange keine Illusionen mehr über den politischen Charakter der Gewerkschaften.

In Rheinhausen, bei den Stahl- und WerftarbeiterInnenkämpfen in Frankreich und Spanien haben die Gewerkschaften alle Hände voll zu tun, den Widerstand zu bremsen, den Zorn der Ausbeuteten zu unterdrücken, mit den Bullen zusammenzuarbeiten, dem patriarchalen Kapital die Arbeit abzunehmen. Bei Streiks in anderen Ländern legt sich der DGB mächtig ins Zeug, den Widerstand der ArbeiterInnen gegen Überstunden und Sonderschichten zu unterdrücken, d.h. Streikbrecherfunktionen zu übernehmen. Dies war der Fall beim VW-Streik in Mexiko und dem Bergarbeiterstreik in England. Der DGB hat härteste Repressionen gegen



den bewaffneten Kampf befördert und Demonstrationen für Akws zum Höhepunkt der Anti-Akw-Bewegung organisiert. Er koordiniert die Internationale Arbeitsteilung mit anderen Gewerkschaften in der ILO (International Labour Organisation) und versucht jeden Ansatz von proletarischem Internationalismus zu unterdrücken. Kurz: Dem internationalen Kapital würde es ohne solche Gewerkschaften wesentlich schlechter gehen.

Für uns soll die revolutionäre 1.Mai-Demonstration ein Ausdruck des proletarischen Internationalismus sein, und wir wollen mit den ausländischen GenossenInnen durch Stadtteile gehen, in denen Flüchtlingslager sind und viele AusländerInnen wohnen.

Proletarischer Internationalismus drückt sich praktisch in vielen Kämpfen aus, in Streikwellen, die über nationale Grenzen hinwegfegen, großstädtische Revolten von Sao Paulo bis Brixton, in Anschlägen auf multinationale Konzerne und Institutionen des Klassenfeindes, Angriffe auf die Flüchtlingspolitik und in der Mobilisierung gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Herbst 88 in West-Berlin, usw.

Wir meinen, daß der beste Internationalismus die Entwicklung revolutionärer Kämpfe hier ist. Dazu müssen wir wieder mehr unsere Lebensbedingungen, die Wut auf die alltägliche Gewalt und Ausbeutung, den Haß auf Zwänge und Normen benennen und zu Ausgangspunkten unseres Widerstandes machen.

Uns stinkt's schon lange: für den Reichtum der Bourgeoisie und für die Aufrechterhaltung des weltweiten Unterdrückungssystems Imperialismus schufteten wir ^{und} täglich gegen diese Männerwelt mit ihrer sexistischen und rassistischen Gewalt und Logik zu behaupten.

Kapitalismus und Patriarchat waren schon immer Grund genug, uns zu wehren. Wir wollen deshalb auch nicht in das Krisengejammer "es wird alles schlimmer" einstimmen, wenn wir feststellen, daß sich unsere Ausbeutungs- und Lebensbedingungen verändern.

So stellt z.B. verstärkt die Lohnarbeitslosigkeit den Hebel dar, um mehr Arbeitsplätze zu noch schlechteren Bedingungen einzurichten. Diese "neuen" Lohnarbeitsplätze sind zumeist nur noch mit kurzfristigen Arbeitsverträgen, oft über Sklavenhändler, zu schlechteren Löhnen und womöglich mit Samstags u. Sonntagsarbeit zu bekommen. Parallel dazu wird der Lohnraub durch die Erhöhung der Mieten (weißer Kreis), BVG-Tarife (Fahrpreiserhöhung ab 1.Mai) verschärft.

Gegen die alltägliche Ausbeutung und Unterdrückung setzen sich schon immer, vereinzelt und organisiert, Männer und Frauen zur Wehr. Diese Kämpfe werden sehr unterschiedlich im Stadtteil, in den Knästen, Wohnungen und Fabriken, geführt. Immer mehr Frauen wehren sich gegen die Macht und Gewalt der Männer auf der Straße, im Haushalt und bei der Lohnarbeit.

Viele von uns fahren täglich schwarz, mindern die Mieten, feiern krank, versuchen Häuser zu besetzen und andere Lebensmittel zu klauen.

ArbeiterInnen in Betrieben und Klitschen wehren sich gegen die Arbeitshetze u. sexistische/rassistische Entlohnung und Arbeitsteilung. Diese Formen von Verweigerung und Widerstand sind die Grundlagen auf denen revolutionäre Gegenmacht aufbaut, aber wenn sich die Kämpfe nicht solidarisch aufeinander beziehen und wir uns nicht organisieren, wird das nix mit der Revolution.



KLASSENKAMPF STATT SOZIALPARTNERSCHAFT !

DER KAMPF IM STADTTEIL UND IN DER FABRIK - DAS IST
UNSERE ANTWORT AUF IHRE POLITIK !

DEN WIDERSTAND ORGANISIEREN - REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT
AUFBAUEN!

Beginn: ORANIENPLATZ 13°° UHR

Extrablatt Nr. 2/1988
SUBVERSION

Ergebnisse und Perspektiven
für die moderne revolutionäre Bewegung

**TEUERUNG, FLEXIBILISIERUNG, LOHNVERZICHT!
DIE PROLETARIER MÜSSEN SICH WEIGERN
FÜR DIE KRISE DES KAPITALS ZU BLECHEN!**

Nach dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst hat die Kapitalistenklasse allen Grund zu jubeln: 2,4% Lohnerhöhung für 1988, 1,4% für 1989 und 1,7% für 1990. Damit wurde faktisch das durchgesetzt, was Lafontaine so lautstark gefordert hatte: Lohnverzicht und Reallohnsenkungen von 3 Jahren. Denn in Anbetracht der Inflationsrate von über 1% und einem zu erwartenden Ansteigen der Inflation (verursacht durch die weltweite wirtschaftliche Rezession), in Anbetracht der Menge an Kürzungen von Leistungen (Gesundheitswesen usw.), gesteigerten Beitragssätzen im "Sozialbereich", Lohnsenkungen durch die Steuerreform erweist sich der ganze, als Lohnerhöhung gepriesene Abschluß als ein tiefer und schmerzlicher Griff in die Taschen der Arbeiter.

Daß dabei die Arbeitszeit ab 1998 um eine Stunde verringert und später nochmals um 1/2 Stunde verkürzt werden soll, schmerzt das Kapital wenig, denn die Intensivierung der Arbeitshetze, Nicht-Neubesetzung von Posten, Stellenabbau usw. werden dies schon wieder wettmachen. Dem größten Kapitalisten in Westdeutschland, dem Staat, ist es also gelungen, seinen mehr als 4,5 Mio. Beschäftigten einen faktischen Lohnverzicht aufzuzwingen, den die Gewerkschaften natürlich noch als einen Erfolg in Anbetracht der "sturen" Verhandlungsposition der "Arbeitgeber" preisen.

Offensichtlich wollte dabei der Staat die Vorreiterrolle bei den Lohnangriffen übernehmen, nachdem 1 Jahr zuvor schon die IG-Metall einen 3-Jahresabschluß unterschrieben und damit langfristigen Lohnkürzungen ebenfalls den Weg geebnet hatte.

Begleitet wurden diese Tarifaueinandersetzungen von einem riesigen Propagandarummel, an dessen Spitze die SPD mit ihrem Vertreter des linken Flügels, Lafontaine trat. Bei dem Versuch, das wirklich vorhandene Solidaritätsgefühl aller Arbeiter mit den Arbeitslosen schamlos auszunutzen und um angeblich gegen die Arbeitslosigkeit anzukämpfen, plädierte Lafontaine für einen Lohnverzicht mit angeblicher Arbeitszeitverkürzung. Was aber bringen diese Lohnsenkungen für die Arbeiter, was tun sie gegen die weitere Verelendung? Wohl nichts! Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß Lohnverzicht der Arbeiter niemals ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit war, dafür aber stets das Leiden und die Misere der von der Lohnarbeit freigesetzten (nicht befreiten) Proletarier vergrößerte.

Zwischen 1980-83 kletterte z.B. die Zahl der Arbeitslosen von 800 000 auf über 2 Mio., obwohl die Reallöhne damals um 6% fielen. Nach Beginn der Weltwirtschaftskrise von 1929 setzten Kapitalisten und Gewerkschaften 1930 eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch, so wie sie jetzt propagiert wird. Das Ergebnis? Die Erwerbslosigkeit stieg binnen 2 Jahre auf über 6 Mio., während die Reallöhne um 30% fielen.

Heute bedeutet allgemeiner Lohnverzicht eine noch kräftigere Senkung des Arbeitslosengeldes und der Renten, die an die Lohnentwicklung gekoppelt sind. Damit wären Millionen Arbeiterfamilien, die arbeitslose Mitglieder unterstützen müssen, doppelt und dreifach angeschissen.

Und die angebliche Einstellungsgarantie der Unternehmer, die diese bei Lohnverzicht scheinbar abgeben sollten, ist eh soviel Wert wie das Versprechen von Krupp im Herbst 1987, den Stahlstandort Rheinhausen "auf jeden Fall" zu behalten. Das stellte sich nur wenige Wochen später als Lüge heraus. Und diejenigen Arbeiter, deren Einkommen durch den Lohnverzicht beträchtlich zurückgingen, wären gezwungen, sich noch mehr dem Arbeitszwang zu fügen, wären also gezwungen, sich einen 2. Job zum Überleben zu suchen, was sie wiederum in Konkurrenz zu den Arbeitslosen treten ließe.

Was die Arbeitszeitverkürzungen, so wie sie von den Gewerkschaften propagiert wird, für die Arbeiter tatsächlich bringt, davon können die Beschäftigten im Metall und Druck-Bereich ein Lied singen. Denn hier zog die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich enorm verschlechterte Arbeitsbedingungen (Flexibilisierung) und große Einkommensverluste nach sich. Noch weniger Einkommen, aber noch mehr Arbeitshetze (gleiche Arbeit in weniger Zeit leisten) für die Arbeiter - das wollen Lafontaine&Co.

Und genau in diese Richtung ist der Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst gegangen. Auch wenn die Gewerkschaften sich offiziell gegen die Vorschläge Lafontaines "zur Wehr setzen", in der Praxis setzen sie genau diese Politik um.

Nach der Verabschiedung der Steuerreform (u.a. Besteuerung von Schichtzulagen, Jahreswagenvergünstigungen, Steuergeschenke für die Kapitalisten, Steuerklau für die Arbeiter),

* der "Reform" des Gesundheitswesens (Abbau der medizinischen Versorgung der Arbeiter, Medizin für die Reichen),

* der Flexibilisierungsoffensive (Samstag und danach der Sonntag sollen zur Regelarbeitszeit werden - ohne nennenswerte Zulagen versteht sich),

* den angestrebten verlängerten Ladenschlußzeiten (mit Schichtarbeit für die Beschäftigten im Einzelhandel), kurzum einer Verlängerung des Arbeitstages und einer Ausdehnung der Arbeitszeiten auf Tag, Nacht und Wochenende,

* dem massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst (allein die Bundesbahn baut monatlich auch nach diesem "arbeitsplatzschaffenden Tarifabschluß" (so die ÖTV) 1000 Arbeitsplätze ab, der Weigerung, Auszubildende zu übernehmen, Stellen neu zu besetzen,

* verstärkte Arbeitslosigkeit bei Stahl und Kohle,

* weitreichende Entlassungspläne in mehreren Großunternehmen,

stellt die Forderung nach Lohnverzicht mit angeblicher Arbeitszeitverkürzung eine neue Front von Angriffen dar. Und daß das Kapital unter dem Gewicht der Krise gezwungen sein wird, noch weitere Hammerschläge folgen zu lassen, ist so sicher wie die Schneeschmelze im Frühling.

Als nach der Ankündigung von Massenentlassungen bei Krupp-Reinhausen die Arbeiter im Dezember '87 im gesamten Ruhrgebiet - ob im öffentlichen Dienst, bei Stahl oder bei der Autoindustrie - sich mobilisierten, um ihre kämpfenden Kollegen aus Rheinhausen zu unterstützen, und dabei den wichtigsten Widerstand der Arbeiter in Deutschland seit den 20er Jahren entfachten, da war nur die Spitze des Eisbergs der Kampf-bereitschaft des Proletariats zum Vorschein gekommen.

Seitdem zeigen auch die Arbeiter anderer Bereiche ihren Kampfwillen:

* weit mehr als 100 000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes brachten durch Warnstreiks ihre Kampf-bereitschaft zum Ausdruck. Es handelte sich nach den Streiks von 1974 um die bedeutendsten Reaktionen der staatlichen Beschäftigten gegen "Vater" Staat.

* bei BBC in Mannheim gab es gegen anstehende Massenentlassungen (bundesweit ca. 6000) mehrere Demos und Betriebsversammlungen;

* bei SKF traten in Süddeutschland im März annähernd 10 000 Beschäftigte in einen wilden Streik, um sich gegen Lohnkürzungen und Flexibilisierungsregelungen zur Wehr zu setzen;

* Drucker streikten ebenfalls wild an mehreren Orten vor der Verabschiedung der Steuerreform gegen den offenen Lohnraub, dem sie ausgesetzt sind.

Der Widerstand der Arbeiter in Rheinhausen war somit kein Einzelfall und auch keine vorübergehende Erscheinung, sondern nur der explosive Ausdruck der Kampf-bereitschaft der Proletarier, der die Sympathie und den Willen zur Solidarität großer Teile der arbeitenden Klasse auf sich zog.

In der Zwischenzeit hat die Zahl der Konfliktherde nicht abgenommen, sondern sich weiter vermehrt, auch wenn bislang ein zentraler Kristallisationspunkt, der eine entscheidende Ausstrahlung auf die Klasse insgesamt haben würde, noch nicht wieder in Erscheinung getreten ist. Für immer mehr Proletarier stellt sich die Frage, wie können wir effektiv den Widerstand gegen all diese Angriffe des Kapitals, die immer unverfrorener, immer zynischer werden, entfalten?

Dabei müssen wir uns auf die Erfahrungen der Krupp-Arbeiter stützen. Wir müssen das aufgreifen, was die Stärke ihres Widerstandes ausmacht:

* die Aufforderung der Krupp-Arbeiter an andere Arbeiter, sich ihrem Kampf anzuschließen und sich mit ihnen zu solidarisieren,

* Massenversammlungen abzuhalten, in denen über die Mittel des Kampfes diskutiert wird, und an denen sich auch Arbeitslose und Beschäftigte aus anderen Werken und Branchen beteiligen können,

* das Losschlagen ohne die Gewerkschaften, indem selbst die Initiative ergriffen wird.

Wenn wir isoliert, jeder in seiner Ecke voneinander getrennt bleiben, schaffen wir es nie die Angriffe des Kapitals zurückzuschlagen. Nur ein gemeinsamer Kampf kann uns einen Schritt voran bringen. Sicher versuchen die Gewerkschaften den Weg des entschlossenen Kampfes gegen das Kapital zu versperren, indem sie uns total voneinander isoliert in Scheinkämpfe schicken. Aber gegen diese Sabotagetaktik der Gewerkschaften sind die Arbeiter nicht ohnmächtig. Aufgabe der entschlossenen und bewußten Arbeiter ist es, die Perspektive der Vereinigung der Kämpfe aufzuzeigen. Entschlossene Arbeiter müssen selber zusammenkommen, können selbst Flugblätter herausgeben, müssen sich selbst zu Wort melden. Ein erster Schritt dazu kann eine revolutionäre 1. Mai-Demo darstellen.

KOMMT IHR REVOLUTIONÄREN 1. MAI-DEMO

13 UHR ORANIENPLATZ



1. MAI- als

internationalen Kampf-Tag zurückerobern !!

Am 1. Mai 1988 findet hier in West-Berlin nach langer Zeit erstmals wieder eine unabhängige und autonome Demonstration statt. Diese Demonstration wird nicht am Reichstagsgelände enden, wo antikommunistische Hetze von DGB-Funktionären oft dazu herhalten muß, um den Kapitalismus aufzuwerten und die Phrasen von Sozialpartnerschaft zu predigen. Diese Demo führt deshalb durch die Stadtteile in denen wir wohnen und in denen Klassenwidersprüche besonders offen hervortreten. Wir wollen damit einerseits an traditionelle Maikämpfe in den 20er Jahren anknüpfen und die Kämpfe seit dem 1. Mai 87 (z.B. Hausbesetzungen und andere Enteignungsaktionen) verstärkt aufgreifen und politisch weiterentwickeln. Die Menschen, die aus der Betroffenheit ihrer schlechten Lebensbedingungen heraus durch die letztjährige Mai-Revolution dem Polizei- und Staatsapparat für einige Stunden Gegenmacht gemeinsam entgegensetzen konnten: mit denen wollen wir am 1. Mai erneut unseren Widerstand auf die Straße bringen. Und weil wir wissen, daß es vielen von Euch an der Gewerkschaftsbasis nicht nur um Tarifkämpfe und Lohnprozente geht, sondern Ihr genauso von Häuserspekulation, Mietwucher, Fahrpreiserhöhungen, Steuerreform und allgemeinem Sozialabbau betroffen seid, rufen wir Euch auf, auch mit uns gemeinsam zu demonstrieren!

Nicht die Sozialpartnerschaft mit dem Kapital ist die Lösung - sondern die Solidarität aller Unterdrückten und Ausgebeuteten!
Wir haben die verbalradikalen Sprüche der Gewerkschaftsbonzen satt!

Der DGB führt keinen konsequenten Kampf gegen das Kapital. Das läßt sich schon allein daran ablesen, daß die materielle Absicherung durch die Streikkasse politisch vom DGB so eingesetzt wurde: der 35-Stunden-Wochen-Streik wurde unter anderem mit dem Argument abgewürgt, daß nicht genügend Geld in der Streikkasse wäre. Auch die Protestaktionen der Stahlarbeiter in Rheinhausen wurden weder politisch noch finanziell entscheidend unterstützt. Außerdem distanzierte sich der DGB von Protestformen wie Betriebsbesetzungen, der kurzfristigen Besetzung der Krupp-Villa im Dezember und den Mahnwachen vor der Villa des Krupp-Vorstandsvorsitzenden Cromme. Für das korrupte Neue Heimat-Management hingegen wurden Millionen von Gewerkschafts-Mitgliedsbeiträgen veruntreut!

DAMIT WIRD DOCH WOHL KLAR: DER DGB VERTRITT NICHT EURE INTERESSEN !

So wie wir im Stadtteil die Initiative und die autonom eigenständige Organisation vorantreiben (wie z.B. Häuserenteignungen, IWF, solidarische Flüchtlingsarbeit, 1. Mai-Demo usw.), so kann es auch nur eine autonome Arbeiter- und Arbeiterinnen-Organisation sein, die ihre Sache unabhängig vom DGB in die eigene Hand nimmt (wie z.B. Betriebsbesetzungen, Kampf gegen Entlassungen und Umstrukturierungen) und den reaktionären Gewerkschaftsapparat und seine Führungsclique ausschaltet! Dort, wo die Gewerkschaftsführung die Betriebskämpfe vereinnahmt hat, z.B. Video-color/Ulm, Werftenkrise an der Weser, konnten die Forderungen der ArbeiterInnen weder durchgesetzt noch Entlassungen verhindert werden. Nur durch übergreifende Solidarität können die Arbeitskämpfe erfolgreich und siegreich sein, die weiteren wirtschaftlichen Umstrukturierungspläne des internationalen Kapitals zu Fall gebracht werden. Es liegt auch im Interesse des reaktionären Gewerkschaftsapparates, die Belegschaften dort zu spalten, wo sie sich radikalere Protestformen zu eigen machen. In Rheinhausen wurde unter Federführung der IG-Metall und unter Einbindung des Betriebsratsvorsitzenden Bruckschen nicht die Forderung nach Erhalt aller Arbeitsplätze, sondern ein sogenanntes Alternativmodell ausgearbeitet, durch das dann nur ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen rausgeschmissen wird.

AGENTUR FÜR DIE SELBSTAUFHEBUNG DES PROLETARIATS
Kontaktadresse: Postlagerkarte 00 23 63 B, 1000 Berlin 12

Wir verstehen den 1. Mai als internationalen Kampftag und dies werden wir auch in der Demonstration zum Ausdruck bringen. Denn wir sind hier in West-Berlin und in der BRD Teil des internationalen Klassenkampfes, der überall gegen Ausbeutung und Unterdrückung geführt wird. Wir unterstützen und solidarisieren uns mit den revolutionären Klassen- und Befreiungskämpfen in aller Welt!

Bis heute steht der DGB im Bunde mit dem Kapital: in den Betrieben ist politische Solidaritätsarbeit verboten!

So drohte die IG-Metall einem Mitglied mit Rausschmiß, als er 1982 für palästinensische Flüchtlinge in den Lagern eine Spendensammlung durchführte. Trotz des beispiellosen zionistisch-israelischen Feldzuges gegen die palästinensische Zivilbevölkerung ruft der DGB seine Mitglieder dazu auf, durch Arbeitseinsätze in Kibbutzen bzw. Wehrdörfern den dort arbeitenden Reservisten den Militeinsatz in den besetzten Gebieten zu garantieren.

Sein heuchlerisches Verständnis von internationaler Solidarität hat der DGB auch beim VW-Streik in Mexiko 1987 und im Bergarbeiterstreik in England gezeigt, als er Streikbrecherfunktion übernahm und so den Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Überstunden und Sonderschichten zu verhindern versuchte.

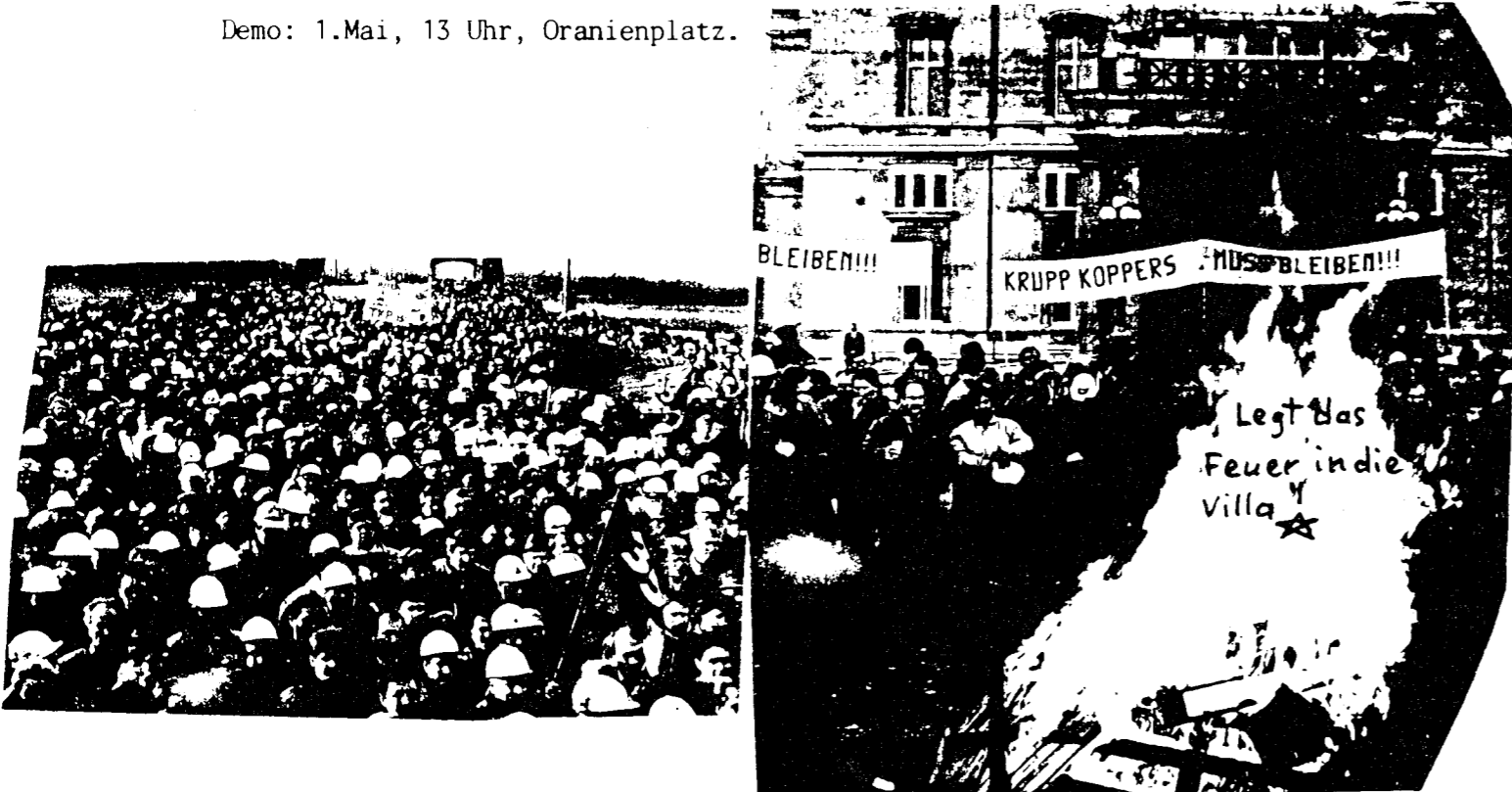
Die erschossenen Minenarbeiter und entlassenen Mercedes-Arbeiter und Arbeiterinnen in Südafrika können mit den verbalen Solidaritätsbekundungen der DGB-Führung nicht das geringste anfangen, solange dies nicht praktisch unter Beweis gestellt wird. Als im Rahmen des Hanauer Atommüll-Skandals die Plutoniumver-seuchten Giftmüllfässer ausgelagert und verschifft werden sollten, haben dänische und schwedische Hafendarbeiter sich spontan geweigert, die Fässer zu verladen. Die Atom-Mafia sah sich durch diesen Widerstand gezwungen, die Fässer eine Woche unter Bundesgrenzschutz-Bewachung in der BGS-Kaserne in Lübeck einzulagern. Auch durch die internationalen Solidaritätsaktionen hat der DGB es nicht für nötig gefunden, den Hafendarbeitern hier Rückendeckung zuzusichern, um der Atom-Lobby auch hier einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Der DGB versucht in der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) jeden Ansatz von internationaler Solidarität zu boykottieren.

Jeder Kampf von unten in den Betrieben bedeutet auch für den DGB die Gefahr, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen von solchen Gewerkschaften lösen und sich nicht mehr bevormunden und ihren Widerstand in systemkonforme Bahnen lenken lassen.

WIDERSTAND IM STADTTEIL UND IN DER FABRIK - IST UNSERE ANTWORT AUF IHRE POLITIK!

Demo: 1. Mai, 13 Uhr, Oranienplatz.



LeserInnenbrief

betr.: Berichterstattung der Taz zur revolutionären 1. Mai-Demonstration

Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vollversammlung zur Vorbereitung einer revolutionären 1. Mai-Demo wollen wir wegen eurer verlogenen Berichterstattung etwas klarstellen. In der Plattform des autonomen/anti-imperialistischen Vorbereitungsplenums, die auf der VV verteilt wurde, wird der 1. Mai zum "Tag des internationalen revolutionären Kampfes gegen die patriarchalisch/kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse" erklärt. Genau das ist auch unsere Vorstellung vom Sinn dieses Tages. In dieser Vorstellung finden die Diskussionen, die innerhalb der revolutionären Linken in den letzten Jahren geführt wurden, ihren Ausdruck. Damit meinen wir besonders

1. die Diskussion um Internationalismus - weg von der bloßen Unterstützung eines bestimmten Landes - hin zur Entwicklung eines internationalistischen Bewußtseins, das den Kampf gegen den Imperialismus hier in der Metropole, wo wir leben, als unseren Beitrag zur internationalen Revolution begreift.

2. die Theorie und Praxis der Frauenbewegung, die klargemacht haben, daß die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen durch Männer nicht der "Nebenwiderspruch" im Kapitalismus, sondern ein grundlegendes Ausbeutungsverhältnis ist, auf dem der Kapitalismus beruht. Es geht um die Aneignung der Arbeit von Frauen, die unbezahlt (weil zur "natürlichen Aufgabe der Frau" erklärt) geleistet wird und die ihre Verlängerung als schlechtbezahlte Lohnarbeit findet.

In der Plattform sind diese wesentlichen Grundlagen revolutionärer Politik auf den Punkt gebracht.

Wir denken, daß eine eigenständige Organisierung der revolutionären Kräfte hier wie überall Bedingung für den Sieg über den Imperialismus ist. Die Situation, damit anzufangen, ist nie besser als sie jeweils gerade ist. In diesem Sinne unterstützen wir die Demo.

Daß der mit "Lord Sinclair" zeichnende Taz-Autor aus dem 1. Mai einen "Kampftag gegen die Arbeit" macht, zu dessen Vorbereitung sich "250 Kader aus Afrika, Asien und Kreuzberg" trafen, können wir genau wie die anderen "Fakten" nur als bewußte Verdrehungen und Verfälschungen werten. Auch wenn der Begriff "Kampf der Arbeit" in ein oder zwei Wortmeldungen auf der VV fiel, ist das nicht das Motto des 1. Mai für die gesamte VV gewesen. Es geht nicht gegen die "Arbeit an sich", sondern gegen die Bedingungen, unter denen sie abläuft, also gegen die patriarchalisch/kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse (und dabei muß der Un-

verschied zw. Frauen- und Männerarbeit benannt werden). Obwohl wir von der Taz einiges gewohnt sind, wenn es darum geht, revolutionäre Politik als sinnlos darzustellen oder lächerlich zu machen, ist dieser Bericht ein besonders plummes Beispiel denunziatorischer Taz-Politik.

Die konstruierte Kontroverse zw. Autonomen und Antiimps hat auf der VV nicht stattgefunden-sie entspringt der Phantasie des Autors ebenso wie der Blödsinn von den "autonomen Bierdosen- und Fußballfans" und den Verhandlungen "mit dem RIAS-TV über die Live-Übertragungsrechte". Oder sollten das die auflockernden Späßchen von L.S. in seinem sonst vor lauter Hass auf alle Ansätze autonomer Organisation überquellenden Artikel sein?

Der Versuch, die Idee dieser 1.Mai-Demo einigen Abgedrehten zuzuschreiben ist dann doch etwas zu ungeschickt ausgefallen: in beinahe jedem Satz ist von "Kadern" die Rede; L.S. muß geradezu unter einem inneren Zwang gestanden haben, dieses Wort zu verwenden. Uns erinnert das an die übliche Taz-Berichterstattung über die Befreiungsbewegungen bei denen lt. Taz einige dogmatische Kader das Sagen haben, das Volk verhetzen, das doch eigentlich nur seine Ruhe haben will. Die kämpfenden Völker sollen als "Opfer zwischen der Befreiungsbewegung und der Armee" dargestellt werden (siehe El Salvador, Kurdistan, Guatemala usw.).

In eine ganz üble Ecke stellt sich L.S. dann noch mit den Beschreibungen der auf der VV anwesenden ausländischen Genoss/inn/en als "souverän auftretende afro-asiatische Kader" und "ein (vermutlich) Vorderasiate".

Die klare internationalistische Bestimmung der Demo, die auf der VV mehrmals betont wurde, verschweigt L.S.

Der Wahrheitsgehalt des Artikels ist gleich Null, dreisterweise noch mit "Ein Originaltonbericht aus dem Mehringhof" überschrieben. Abgerundet wird das Ganze noch durch ein Foto vom Tag nach der Revolte in Kreuzberg letztes Jahr mit der Unterschrift "...manche wollen die zweite Auflage des 1.Mai 87". Taz-Propaganda in einer Reihe mit der Staatsschutz-Propaganda. Nur war diesmal die Taz sogar schneller als die Springerpresse, als es darum ging/geht, schon im Vorfeld der Demo ein politisches Klima zu schaffen, durch das sich Angriffe der Bullen auf die Demo rechtfertigen lassen.

Es hat sich einmal mehr gezeigt, daß Vorstellungen von revolutionärer Politik auch gegen die diffamierende Berichterstattung der Taz durchgesetzt werden müssen.

Für eine starke revolutionäre 1.Mai-Demo!

einige Autonome



1. Mai

Lausitzer Platz

Veranstalter: Vobo-Ini 36

Unterstützt von AL und SEW Kreuzberg

Liebe Leute!

Es ist wieder soweit, der 1. Mai ist im Anzug. Nach dem etwas turbulenten Ausklang im letzten Jahr hoffen wir, daß wir diesmal in Ruhe gelassen werden. Am Wesen der Probleme in unserem Bezirk hat sich nichts geändert, so daß es nach wie vor Gründe genug gibt, sie von unserem Fest aus den Verantwortlichen wieder unter die Nase zu reiben. Ernsthafte Lösungen sind nicht in Sicht soweit das Auge reicht: die Versuche der Problembewältigung durch die regierenden Parteien nach dem letzten 1. Mai (mehr Grün, also mehr Staat nach Kreuzberg) haben sich nicht durchsetzen lassen, das Scheitern der Volkszählung ist ein beredter Beweis. Auch die sozialarbeiterischen und sozial-IBA Überlegungen der bürgerlichen Parteien sind nicht gerade auf stürmische Gegenliebe gestoßen, achten ihre Vordenker doch peinlich genau darauf, die Milbestimmung in unseren eigenen Angelegenheiten zu verhindern.

Ein Teil der Aufmerksamkeit vieler Initiativen und Gruppen in Kreuzberg liegt in diesem Jahr auf der geplanten Tagung des Internationalen Währungsfonds (Ende Sep im ICC). Das liegt zum einen am IWF selbst, der den Menschen weltweit die Grundlage zum Leben, sogar zum Überleben entzieht, indem er den Banken immer neue Gewinnmöglichkeiten verschafft und sichert. Zum anderen aber auch an dem politischen Höhenflug, mit dem die CDU-Regierung versucht, von den wirklichen Problemen der wirklichen Menschen abzulenken. Die Versuche Diepgens und seines Landvogtes Kewenig, große Teile der Kreuzberger Bevölkerung auszugrenzen, einfach wegzudenken und wenn das nicht geht (wie am 12. Juni) dann doch mindestens zu kriminalisieren (siehe Volkszählungsboykott), laufen längst und in aller Stille. Es wäre nicht sehr überraschend, wenn der Senat - während zum IWF-Kongreß die Präsidenten und sonstigen Honoratioren aus aller Welt in Berlin einfliegen - mal wieder versuchen würde, Kreuzberg als Störfall auszuschalten, ob mit dem Hauptschalter der U-Bahn oder durch Vorbeugehaft.

Es ist uns, der Vobo-Ini 36 deshalb ein Bedürfnis und ein besonderer Genuß, daran zu arbeiten, daß dieses Konzept nicht aufgeht: Kreuzberg läßt sich nicht ausgrenzen, nur weil es den Regierenden und Herrschenden so in den Kram paßt. Wir reden und feiern miteinander und alle, die mitmachen wollen, sind dazu herzlichst eingeladen. Weder grünberockte noch neobraune Störfälle sind dabei erwünscht.

Wie immer geht es um 14.00 h los, nach der inzwischen traditionellen DGB-Demo. Denkt Euch nette Aktionen und Aktiönchen aus, die Probleme sind allseits bekannt.

Auf Kreuzberg könnt ihr zählen.

Vobo-Initiative 36

c/o

Heini Nadalel

Manteuffelstr. 104

1000 Berlin 36

612 16 98

Ini-Treff

Montags, 20.30 h

Arbeitslosenladen

Mariannenstr. 25

1000 Berlin 36



FESTNAHMEN! FESTNAHMEN! FESTNAHMEN! FESTNAHMEN! FESTNAHMEN!

Heute am 16.4.88 nach der Südafrikademo, die am Breitscheidplatz endete, haben die Bullen ca. 30 Leute vorübergehend festgenommen.

FESTNAHMEN! FESTNAHMEN! FESTNAHMEN! FESTNAHMEN! FESTNAHMEN!

Hergang der Ereignisse:

Nach Beendigung der Südafrikademo auf dem Breitscheidplatz, haben eine Reihe von Menschen den Verkehr auf dem Kudamm durch massenhaftes Ampelüberqueren während der Grünphasen blockiert. Als es den Bullen zuviel wurde, drängen sie mit Knüppeln und unter Gewaltanwendung die Leute auf den Bürgersteig Ecke Rankestraße/Kudamm. Dort wurden dann ca. 30 Leute eingekesselt und nach kurzer Zeit in die inzwischen angekommenen Gefangenentransporter, teilweise unter Anwendung brutalster Gewalt (Würgegriff und ähnliches), verschleppt. Nach ca. 1 Stunde wurden diese dann in die Kruppstraße gebracht. Allen Leuten steht nun eine Anzeige wegen Nötigung ins Haus.

Zur Nichtbesetzung des EA:

Als Menschen versuchten den EA anzurufen, war dieser nicht besetzt. Das einzige Lebenszeichen war das obligate Tonband. Wir halten es für Unfähigkeit, daß der EA während einer derartig lang angekündigten Demo nicht besetzt ist. Wir sollten uns alle überlegen, was dagegen zu unternehmen ist, damit Leute die bei Demos einfahren, wenigstens die Sicherheit haben, daß Anwälte zu erreichen sind. Warum klappt das in Berlin nicht?

REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION!

Als Reaktion auf die Festnahmen fordern wir alle auf, heute abend (22.00 Uhr) sich am Kotti zu treffen und dann mit vielen Menschen einen Kiezspaziergang zu machen, zum massenhaften Erlernen der rot-grün-Phasen bei Ampelanlagen. Eurer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!!!!

REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION! REAKTION!

FEUER UND FLAMME FÜR JEDEN STAAT



EA-INFO

17.4.
88

Am letzten Samstagabend - 16.4. - wurden Flugblätter anlässlich den Verhaftungen zum Schluß der Anti-Apartheid-Demo verteilt, in denen u.a. die Arbeit des Ermittlungsausschusses kritisiert wurde. Es wurde von der Unfähigkeit des EA's gesprochen und davon, daß während der Demo lediglich der Anrufbeantworter erreichbar war.

Dazu folgendes:

Der EA war am Samstag ab 11 Uhr bis kurz vor 13.30 Uhr besetzt. Durch eine organisatorische Schlaperei unsererseits blieb dem Ablösungsdienst mangels Schlüssel die Tür verschlossen. Ab 14.30 Uhr war das Dilemma behoben, der Anrufbeantworter abgehört, die Verhaftungen sowie spätere Entlassungen registriert.

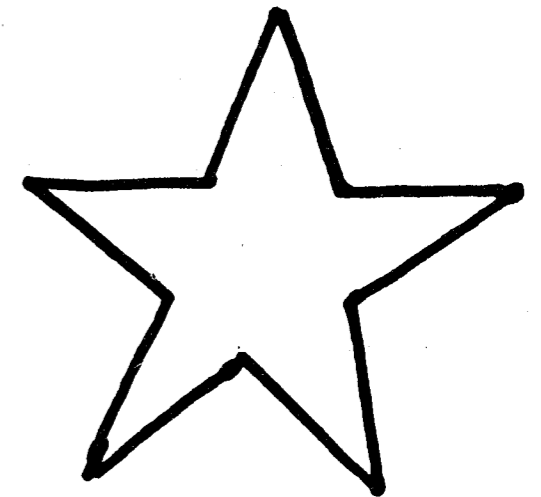
Klarzustellen wäre, daß die Funktion des Anrufbeantworters keineswegs so anonym ist, wie es scheint, sondern er obligatorisch auch dann eingeschaltet wird, wenn kurzfristig der EA nicht besetzt ist. Das bedeutet, daß wir dieses Sprechgerät zu gegebenen Anlässen, wie beispielsweise letzten Samstag, aktuell immer wieder abhören.

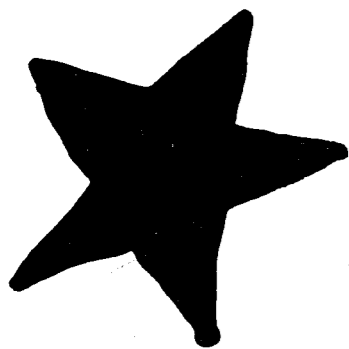
Darüberhinaus sollten Ihr wissen, daß bei Bekanntgabe von Verhaftungen der EA nicht direkt Himmel und Hölle in Bewegung setzt. Vielmehr werden die Namen und entsprechenden Situationen gesammelt und verfolgt, wann wer entlassen wird (absolut notwendig ist dafür die Rückmeldung der Freigelassenen). Erst wenn sich abzeichnet, daß es eventuell zu Vorführungen vor dem Haftrichter kommen sollte, bzw. die Festnahmedauer zu lange erscheint, beginnen wir, RechtsanwältInnen einzuschalten. Kurz: Nicht bei jeder ASOG-Festnahme o.ä. ist es effektiv, AnwältInnen zu mobilisieren, da die Festgenommen meist eher wieder draußen sind als die VerteidigerInnen drinnen.

Für eine optimale Koordination zwischen Demonstration und uns ist es unumgänglich, Zwischenberichte von vor Ort zu bekommen - Tel. 692 22 22 - und uns auch mitzuteilen, den Dienst, falls nötig, zu verlängern.

Sollte mehr Interesse an der Arbeitsweise des EA's bestehen, werden wir auf Signale reagieren und ggf. ein Treffen organisieren.

ERMITTLUNGS AUSSCHUSS
GNEISENAUSTR. 2 1/61 DIENSTAG 20 - 22 UHR
692 2222
SONDERKTO. KLAUS SCHMIDT 20610-106 BLZ 10010010
POSTSCHECK





Als Reaktion auf die Festnahmen bei der Südafrikademo vom 16.4. wurde in der Nacht zum 17.4. die Baustelle am Görlitzerbahnhof vergrößert und in etlichen Nebenstraßen Barrikaden errichtet.

Es war für uns wichtig, damit zu zeigen, daß wir nicht bereit sind, wahllose Provokationen durch die Bullen, wie es die Festnahmen nach der Südafrikademo darstellen, hinzunehmen.

Die Aktion kann nur als Anfang verstanden werden. Wir werden versuchen, mit solchen oder auch anderen Aktionen, den Preis für Festnahmen hochzutreiben. Die Bullen müssen es sich gut überlegen, ob sie Provokationen weiter durchführen. Es wäre ja auch möglich beim nächsten Mal andere Stadtteile zu besuchen.

Wichtig war für uns auch zu sehen, wie sich aus dieser Aktion eine relative Stärke entwickelt hat. Als Erfolg werten wir auch, daß nach dem Eintreffen der Bullen (erst nach 1 1/2 Stunden) die Leute diszipliniert genug waren, sich nicht provozieren zu lassen und die Bullen ins Leere liefen.

Autonomes Aktionskomitee "Jeden Tag ein 1. Mai"



TAXISTAS

Was ist das???

Gegründet im September 83, eine politische Initiative West-Berliner TaxifahrerInnen gegen die US-Intervention in Mittelamerika

Ein Versuch, seinen politischen Kopf auch als TaxifahrerIn zu behalten, nach Möglichkeiten suchen und sie aufnehmen, ihn am Arbeitsplatz einzusetzen. Gegen das weitverbreitete Bild des „Diesel-Dussels“, der nichts in der Birne hat, des weltmännischen Kutschers, der einschlägige Adressen kennt. Daß es auch anders gehen kann, zeigen die Aktivitäten der TAXISTAS.

- Jan/Mai 84 - jeweils Sonderschichten zugunsten der „Arbeitsbrigaden für Nicaragua“, dem Solidaritätskonto „Waffen für El Salvador“ und Kfz-Ersatzteile für Enabus, ein öffentliches Verkehrsunternehmen in Managua. Gesamterlös dieser finsternen „Waffengeschäfte in Berliner Taxen“ - Originalton der Berliner Mottenpost - 22 000 DM. Außerdem gab es Infoveranstaltungen, und an die Fahrgäste wurden Flugblätter verteilt, um zu erklären, warum wir Sonderschichten fahren.

- 19. Juli 84 - Zum fünften Jahrestag der nicaraguanischen Revolution machten wir einen Taxikorso durch die Stadt, mit 25 Taxen, und verteilten Flugblätter an die Bevölkerung.

1. Mai 85 - Nochmals Sonderschichten zur Unterstützung der Befreiungsbewegung fdr/fmln in El Salvador. Erlös: 10 000 DM.

13. Juni 86 - Ein Taxikorso mit 165 Taxen unter dem Motto „TaxifahrerInnen strahlen zurück“ richtete sich gegen die Atompolitik der BRD, ging quer durch die Stadt entlang der Unternehmen und Institutionen, die an der Atomwirtschaft beteiligt sind, mit einer Abschlußkundgebung vor der KWU in der Huttenstraße. Wer's vergessen hat - 1986 war Tschernobyl.

zuletzt im März dieses Jahres, machten wir zusammen mit Prostituierten-Selbsthilfegruppen eine Veranstaltung für TaxifahrerInnen am Vorabend des Internationalen Frauentages zur Problematik des Schlepperunwesens im Taxigewerbe und zu Zwangsprostitution und Frauenhandel am Beispiel von thailändischen Frauen.

Die Bereitschaft, sich am isolierten Arbeitsplatz politisch zu artikulieren, besteht nicht nur in West-Berlin, das hat die Kampagne von Frankfurter TaxifahrerInnen nach der Bombardierung Lybiens durch die US-Luftwaffe im Frühjahr 86 ebenso gezeigt wie die Spontandemo von Hamburger KollegInnen bei der 13-stündigen Einkesselung hunderter AKW-Gegner auf dem Heiligengeistfeld im Juni 86.

Für diesen Mai planen wir: Sonderschichten für Flüchtlinge

Zum 5. Mai dieses Jahres wollen wir wieder Sonderschichten fahren. Deren Erlös soll für hier in Westberlin lebende und von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge verwendet werden. Er wird benötigt, um Wohn- und Lebensmöglichkeiten für sie zu organisieren, die es ihnen ermöglichen, sich dem „staatlichen Zugriff“ zu entziehen, wenn sie in ihr „Heimatland“ abgeschoben werden sollen.

Seit dem 13. Mai 1986 besteht in Westberlin wie in einigen anderen Bundesländern auch ein Abschiebestopp für tamilische Flüchtlinge. Am 5. Mai 88 soll im Berliner Abgeordnetenhaus die Aufhebung dieses Abschiebestopps beschlossen werden. Unmittelbar bedroht sind ca. 400 in Westberlin lebende tamilische Flüchtlinge, deren Asylansprüche rechtskräftig abgelehnt worden sind. Längerfristig davon betroffen sind fast alle hier lebenden Flüchtlinge, da in der BRD nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts weder der in Sri Lanka herrschende Bürgerkrieg noch die zu erwartende Folter als Asylgründe anerkannt werden.



In Sri Lanka erwarten die abgeschobenen Flüchtlinge immer noch kriegerische Auseinandersetzungen. Die tamilischen Siedlungsgebiete sind mittlerweile von der über 40 000 Mann starken indischen sogenannten Friedenstruppe besetzt, die militärisch nicht nur gegen die Guerillaorganisationen vorgeht, sondern auch massiv die Bevölkerung unterdrückt und einschüchtert, wobei es zu Vergewaltigungen und Massakern kommt. Außerdem droht den Abgeschobenen bei ihrer Ankunft die Gefahr, von den Geheimdiensten verhaftet und im Gefängnis gefoltert zu werden.

Diese Bedingungen werden in der BRD nicht als Asylgründe anerkannt, wie auch die gesamte Asylpolitik der Bundesregierung nicht dem Schutz des Asylsuchenden vor Verfolgung dient, sondern eher darauf abzielt, Flüchtlinge abzuschrecken, sie gar nicht erst in die BRD einreisen zu lassen und wenn sie schon hier sind, sie über Arbeitsverbote bei gleichzeitiger Zwangsarbeit, Unterbringung in Lagern und letztlich Ablehnung der Asylanträge wieder zu vertreiben.

Für die BRD-Mächtigen ist die Ausländer- und Flüchtlingsfrage im klassischen Sinne Instrument, um von tatsächlichen Zuständen und Auseinandersetzungen abzulenken. Immigranten müssen für alles herhalten, von Arbeitslosigkeit bis Wohnungsnot. Damit wird Rassismus wieder als Spaltungsmittel eingesetzt, um ein Erkennen der Gemeinsamkeiten und den daraus folgenden Kampf um ein solidarisches und selbstbestimmtes Leben zu verhindern. Primitivste Haßpotentiale werden besonders in Krisenzeiten geweckt (mensch höre sich nur manche Kommentare auf dem Funk an). Dabei wird stets auf die gleiche Logik zurückgegriffen. Wenn ich ausgebeutet und unterdrückt bin (bei TaxifahrerInnen: wenn der Umsatz fällt), kann ich mein Selbstwertgefühl dadurch steigern, daß noch jemand unter mir ist.

Es gibt in der Welt z. Z. 20 Millionen Flüchtlinge (UNO-Schätzung). Davon schaffen es gerade 5%, in ein westliches Industrieland zu kommen. Der größte Teil wird von den jeweiligen Nachbarländern aufgenommen. Die BRD steht mit 0,2% Flüchtlingen der Bevölkerung an 63. Stelle der Welt, hinter allen größeren Staaten Westeuropas.

Gleichzeitig gehört die BRD aber zu den Mitverantwortlichen und Urhebern der weltweiten Flüchtlingsströme und zu den Profiteuren der ökonomischen Situation in den Ländern der sogenannten 3. Welt.

Aus dem Bescheid des Bundesamtes für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 2. 9. 85: „... selbst wenn das Militär aufgrund seiner Stärke und Ausrüstung in der Lage sein sollte, nicht nur jugendliche Tamilen, sondern die gesamte tamilische Bevölkerung im Norden zu disziplinieren, niederzuhalten oder schlimmstenfalls zu vernichten – mit oder ohne Beteiligung der Staatsführung – darf nicht verkantet werden, daß die den Aktionen zugrundeliegende Terrorismusbekämpfung ein legitimes Ziel hat.“

Dieser Bescheid wurde am 3. Dezember 1985 in einer Grundsatzentscheidung durch den 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Vorsitzender dieses Senats ist der Richter Korbmayer, dem im letzten Jahr u. a. für dieses Urteil von den Revolutionären Zellen in die Knie geschossen wurde.

Gegen Abschiebung der Tamilen und aller anderen Flüchtlinge!

Grenzen auf!

TAXISTAS laden Euch ein zu einer Informationsveranstaltung am 24. 4. um 19 Uhr ins Gemeindehaus Nostizstr. 6, 1 Berlin 61. Wir wollen informieren über:

- die Situation in Sri Lanka und die Lage der tamilischen Flüchtlinge hier
- die Ursachen und Hintergründe der Flüchtlingsbewegungen,
- die Durchführung der Sonderschichten,
- die Ergebnisse unserer letzten Veranstaltung zum Schlepperunwesen sowie zu Frauenhandel und Zwangsprostitution,
- die Weiterarbeit der TAXISTAS und den Stand der IWF-Kampagne.

Maßnahmen der Asylverhinderungspolitik sind:
 - Einführung des Visazwangs für die wichtigsten Flüchtlingsländer. (Wie soll ein Flüchtling unter den Augen seiner Verfolger bei der diplomatischen Vertretung der BRD ein Visum besorgen?)
 - Grenzbehörden können schon an der Grenze entscheiden, ob ein Asylbegehren berechtigt ist oder nicht.
 - massive Abschreckungsmaßnahmen wie fünfjähriges Arbeitsverbot, Kasernierung und Sammellager sollen als psychologische Schranke wirken.
 - Einführung von Zwangsarbeit (Stundenlohn 1-3 DM) und Wertgutscheine statt Bargeld soll Flüchtlingen das Leben hier so unerträglich wie möglich machen

Die Ursachen dieser Flüchtlingsströme sind z. B. in der Zerstörung der ländlichen Selbstversorgungswirtschaft (Subsistenzproduktion) durch die industriell betriebene Nahrungsmittelproduktion der Agrarmultis und der damit einhergehenden Vertreibung der Landbevölkerung zu suchen. Während in Thailand z. B. 1/3 der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, liefert dieses Land 95% der EG-Importe des Grundnahrungsmittels Maniok, das hier zu Futtermittel verarbeitet wird.

Aber auch aus dem Sinken der Rohstoffpreise und der Ausbeutung der „billigen“ meist weiblichen Arbeitskräfte in den freien Produktionszonen (Adler in Sri Lanka) ziehen die imperialistischen Staaten enorme Gewinne, auf die sich letztendlich der Reichtum hier in der BRD gründet.

Mit der sogenannten Schuldenkrise wird die Abhängigkeit und der Druck auf die Länder der sog. 3. Welt aufrechterhalten und fortgesetzt. Über Auflagen und Bedingungen, die mit der Gewährung weiterer Kredite verknüpft werden, wird die Spirale von Verarmung, Vertreibung bis zum Verhungernlassen weiter fortgesetzt.

In dieser Ausbeutungs- und Zurichtungspolitik mischt und profitiert die BRD kräftig mit. Sie unterstützt und zieht Nutzen aus innerstaatlichen und internationalen Kriegen (Waffengeschäfte – Heckler & Koch/Sri Lanka, Polizeiausrüstung/Mercedes-/Guatemala, Militärhilfe für die Türkei...), aus der Ausbeutung von ArbeiterInnen in vielen Ländern der Welt. Gegen die Folgen ihrer Politik schottet sie ihre Grenzen ab. Die Flüchtlinge sollen sich unterstehen, dorthin zu kommen, wohin ihre Reichtümer geschafft werden. Sie sollen sich unterstehen, materiell so gut leben zu wollen wie wir, anstatt sich mit dem Dahinvegetieren zu bescheiden.

Mit den Sonderschichten unterstützen wir die Kampagne und Aktionen von kirchlichen Gruppen über Fluchtburg bis Asyl e.V.

Staat und Neonazis

Oder: Was wir von der Verbotsforderung halten

Seit sich Menschen mit dem zunehmenden Rechtsextremismus und Möglichkeit zu dessen Bekämpfung beschäftigen, gibt es den Streit, ob man von der Regierung ein Verbot neofaschistischer Organisationen fordern soll. Also ein Verbot von den Gruppen und Parteien, die sich offen oder verdeckt am deutschen Faschismus, an Hitler und der NSDAP orientieren oder sonst mit den Nazis zu vergleichen sind.

Doch sehen wir uns mal das Interesse der Herrschenden an der Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen und der organisierten Neonazis an:

Allein in Berlin wurde seit 1982 die gleiche Gruppe dreimal verboten, bzw. löste sich einmal kurz vorher offiziell auf (siehe Kasten). Immer wieder gab sich diese Gruppe neue Namen, um eine Weile ungestört weiterarbeiten zu können. Verbote kümmern sie nicht, Knaststrafen gibt es so gut wie keine und wenn, werden sie meistens zur Bewährung ausgesetzt. Tatsächlich werden also nur die Namen der Gruppe verboten. Und so geht das seit Jahren.

Berlin:	
DAJ	1982 verboten
WJ	1982 angeblich aufgelöst
NA	1983 verboten
NF	1985 gegründet
FAP	1986 gegründet
DJI	1986 gegründet

Unterdessen haben sich die Neonazis in Berlin wieder neu formiert: Als »Deutsche Jugendinitiative« (DJI) tarnen sie sich hinter einem harmlosen Namen. Auch ihr äußeres Auftreten ist jetzt meist eher unscheinbar. So verwenden sie keine faschistischen Symbole mehr und die Sprache auf ihren Flugblättern gleicht eher dem Stil der CDU. Doch am Inhalt erkennt man auch weiterhin den Geist, der dahintersteckt.

Den Senat und die Gerichte stört das nicht. Ihnen geht es offenbar nur um die Verhinderung von Nazi-Symbolen und -parolen, aber nicht darum, die Gesinnung zu bekämpfen. So wurde der DJI durch die Staatsanwaltschaft schon bescheinigt, daß ihre rassistischen Flugblätter angeblich „nicht volksverhetzend“ sind - obwohl in ihnen direkte Auseinandersetzungen mit Ausländern propagiert und verteidigt werden! Es ist lediglich eine Frage der Sprache, die sie benutzen...

Gleichzeitig erklärt die Schulsenatorin Laurien am 13. Dezember '87 im SFB, daß es an berliner Schulen keine rechtsradikalen Tendenzen gebe! Das massive Verteilen von ausländerfeindlichen und naziverherrlichenden Flugblättern und Schülerzeitungen nennt sie „Einzelfälle“. Ihrer Meinung nach müßten dann die Naziführer, NS-Kapitalisten, die Gestapo, SA und SS von 1933-'45 wohl auch alles „Einzelfälle“ gewesen sein, oder?

In der gleichen Sendung erklärt sie die „Sehnsucht junger Menschen nach Geführt-werden“. 1986 wurde in Berlin massiv gegen die sogenannte „Asylantenflut“ gehetzt. Der berliner Landesschulrat Herbert Bath spricht beim Umzug von ausländischen Arbeitern in die Bundesrepublik oder nach Westberlin von „schleichender Landnahme“ (also Besetzung).

Wen wundert's, daß unter dieser politischen Führung rechtsextremistisches Gedankengut fruchtbaren Boden findet...

Peinlicherweise stellt sich die berliner Regierung gleichzeitig selbst als antifaschistisch dar. Dabei war sie es doch, die z.B. die Dokumentation des faschistischen Terrors auf dem Gelände des ehemaligen Gestapo-Hauptquartier alles andere als förderte! Heute schmückt sich der Senat damit und stellt diese Ausstellung als seinen Verdienst hin.

Die Selbstbeweihräucherung klappt aber nur solange, wie sie oberflächlich bleibt. Was nützen

z.B. Mahnmale, wenn Neofaschisten gleichzeitig ihre Organisationen aufbauen und neue Mitglieder werben können? Wirklich bekämpft werden diese Leute und Gruppen von staatlicher Seite nicht. Die herrschende Politik begünstigt die rechtsextreme Entwicklung bei Jugendlichen sogar, weil einerseits Rassismus über die geltenden Gesetze (Asyl-, Ausländergesetze) gefördert wird und andererseits rechtsradikale Positionen und Aktivitäten geduldet werden.

Wir unterstellen der Regierung nicht, daß sie faschistisch ist. Aber wir sind auch nicht so naiv zu glauben, daß sie die wirkliche Zerschlagung rechtsradikaler Gruppen anstrebt.

Diese Gruppen haben in diesem System ja auch eine bestimmte Funktion und übernehmen z.B. Aktionen und Propaganda, die legale Parteien nicht so offen vertreten können. Somit erfüllen die DJI und andere den Zweck, das allgemeine Bewußtsein in der Bevölkerung und speziell bei Jugendlichen nach rechts zu rücken. Ein staatliches Interesse diese Entwicklung zu verhindern, besteht natürlich nicht.

Deshalb sehen wir die Verbotsforderung auch als überflüssig an. Faschistische Organisationen werden vom bürgerlichen Staat sicher nicht zerschlagen, dies kann nur von organisierten Antifaschistinnen und Antifaschisten geleistet werden!

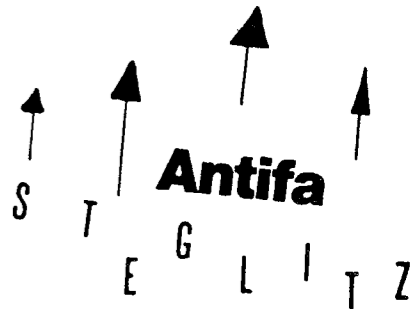


Es gibt keine rechtsradikalen Tendenzen an berliner Schulen!



visdP
ANTIFA-JUGENDFRONT
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
2. AUFLAGE

Keinen Fußbreit dem RECHTSRADIKALISMUS IN STEGLITZ und anderswo!



Informations- und Diskussionsveranstaltung

Do, 5. Mai 1988

Einlaß 18.30h, Beginn 19.00h

Beethoven Schule, Barbara Straße 9

PROGRAMM DER VERANSTALTUNG

- Informationen über Ziele, Programme und Zusammenhänge der Rechtsextremen am Beispiel der "Republikaner" und der militanten "DJI" ("Deutsche Jugend Initiative")
- Dia Show. Faschistische Vergangenheit und Gegenwart in Steglitz.
- Diskussion. Welche Erfahrungen bestehen mit Neo-Nazis im Bezirk? Was läuft an antifaschistischer Arbeit z.B. an den Schulen? Wie können wir uns gegen die Aktivitäten der Rechten wehren?

IM ANTIFA-BÜNDNIS STEGLITZ SIND BETEILIGT:

SchülerInnen von Steglitzer Schulen, Antifa Steglitz, Friedensinitiative Steglitz Zentrum, GEW Steglitz, Jusos Steglitz, SEW Steglitz, SJD-Die Falken Steglitz, SJV-Karl Liebknecht Steglitz, Volksfront, VVN Steglitz.

Mitveranstalter: ASTA FU



Interim [lat.; „inzwischen, einstweilen“] *das*; -s, -s: 1. Zwischenzeit. 2. vorläufige Regelung, Übergangslösung (vor allem im politischen Bereich). **interimistisch** [lat.-nlat.]: vorläufig, einstweilig. **Interims|konto** *das*; -s, ...ten: Zwischenkonto; vorläufig eingerichtetes Konto, das zwischen endgültigen Konten eingeschaltet wird